

Inhaltsverzeichnis

Samstag, Duisburg: Eberhard Przyrembel	2
Samstag, Duisburg: Christian Neumann	4
Samstag, Düsseldorf: Karin Leukefeld	8
Samstag, Düsseldorf: Uli Sander	11
Samstag, Düsseldorf: Laudatio	15
Sonntag, Köln: Claudia Wöhrmann-Adam	17
Sonntag, Köln: Felix Oekentorp	20
Sonntag, Köln: Gine Willrich	22
Sonntag, Essen: Bernd Trautvetter	24
Sonntag, Essen: Joachim Schramm	26
Sonntag, Gelsenkirchen: Robert Sadowsky	29
Sonntag, Wattenscheid: Inge Höger	35
Montag, Bochum-Werne: Wolfgang Dominik	39
Montag, Bochum-Werne: Elke Koling	42
Montag, Bochum-Werne: Felix Oekentorp	44
Montag, DO-Dorstfeld: Manfred Sträter	46
Montag, Dortmund: Helga Schwitzer	50
letzte Seite	60

Eberhard Przyrembel (in Duisburg)

Krieg! Krieg! Immer wieder nur "Krieg" als scheinbar "unvermeidliches Instrument der Politik" tönt es in der öffentlichen Diskussion.

"Redet offen und klar!" hat uns der Bundespräsident in seiner Antrittsrede aufgefordert. Und: "Wir sollen nicht die Augen verschließen vor realen Problemen." Deshalb müssen wir beim Ostermarsch ergänzen, was Herr Gauck ausgelassen hat. Abgesehen von ein paar Nebenbemerkungen betreffs Krieg stellt er nur in der gewohnt harmlosen Form die Frage: "Droht im Nahen Osten ein neuer Krieg?"

Nicht ein Krieg d r o h t ! Sondern die führende Militärmacht der freien westlichen Welt, gedrängt von der "einzigsten Demokratie im Nahen Osten" und wieder unter Missachtung des Völkerrechts und ebenfalls gegen die Charta der Vereinten Nationen, diese exakt benennbaren Subjekte bedrohen den Iran mit Krieg!

Zählt man Ereignisse der letzten Zeit zusammen, hat dieser "Krieg" längst begonnen: Rätselhaftige Computerviren stören die Urananreicherungsanlage in Natans. - Eine merkwürdige Attentatsserie tötet fünf iranische Wissenschaftler, die am Aromprogramm mitarbeiten. - Im November 2011 eine Riesenexplosion auf einer iranischen Raketenbasis und der leitende Raketenforscher stirbt. - Im Dezember darauf wird eine hochmoderne Aufklärungsdrohne im Iran zur Notlandung gezwungen.

Vor fünf Jahren berichtete der amerikanische Journalist Seymour Hersh, daß Präsident W. Bush 400 Millionen Dollar für geheime Operationen im Iran bereitstellen ließ. Voriges Jahr konnte S. Hersh einen US-Geheimdienstler zitieren: "Entscheidend ist doch, daß wir in den letzten 4 Jahren nichts wirklich Neues in Erfahrung bringen konnten. Keine unserer Anstrengungen, weder Informanten noch Spionagekommandos oder heimlich aufgestellte Sensoren, nichts weist auf

eine (iranische) Bombe hin."

Auf der anderen Seite hatten die Israelis schon 1981 einen iranischen Atomreaktor bombardiert und das, nachdem sie selber heimlich (wirklich ohne Wissen der US-Präsidenten?) Atombomben entwickelt und hergestellt hatten! - "Droht im Nahen Osten ein neuer Krieg?" Heute kann jeder erkennen: Wenn dem Iran ein Nichtangriffspakt angeboten wird, wenn Israel endlich den Atomwaffensperrevertrag unterschreibt und wenn der Nahe Osten zur atomwaffenfreien Zone deklariert wird - wie z.B. in Afrika (Pelindaba-Vertrag) und in Süd- und Mittelamerika (Tlatelolcon-Vertrag) geschehen - dann wäre das Spiel mit den Kriegsdrohungen gegen Iran friedlich beendet.

Tatsächlich setzt Israel seit 1967 "Krieg mit niedriger Heftigkeit" gegen die Palästinenser fort Gar nicht zu reden von "Krieg" in Afghanistan- jetzt darf man es endlich laut sagen - und "Krieg" im Irak. Das scheinbar unvermeidliche Instrument "Krieg" bedroht mit ungeheuren Kosten die zivile Politik.

Die USA entwickeln angeblich eine neue "Kriegspolitik" - wegen der überwältigenden Schuldenkrise? Nein, "Krieg" bleibt unverändert das bevorzugte Mittel der Politik! Denn für 2013 sieht der "Verteidigungs"haushalt Ausgaben in Höhe von 525 Milliarden Dollar vor !! Entgegen den Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrevertrag steigen die Ausgaben für atomare Rüstung um 5% ! Allein für Aufrechterhaltung und für Modernisierung des vorhandenen Atomwaffenarsenals sind 11,5 Milliarden Dollar vorgesehen. Bis 2019 soll sogar (Gipfel der politischen Heuchelei!) eine neuartige Atombombe einsatzbereit sein (cf für diese Fakten BITS = Otfried Nassauer vom Informationszentrum für Atlantische Sicherheit).

Wir sind mit den USA und mit Israel aufs "freundschaftlichste" verbunden, doch was geht uns im "friedlichen" Deutschland noch

Eberhard Przyrembel (in Duisburg)

"Krieg" als politisches Mittel an?

In Deutschland wurde 1989 "auf unblutige Weise . Kriegsgefahr . überwunden", wie der Bundespräsident in seiner Antrittsrede "dankbar" feststellte. Aber auch hier drängt die Bundeswehr in die Schulen und in die Lehrerausbildung - bestimmt nicht, um für den Bau von Brunnen und Krankenhäusern zu werben! Ebenfalls infiltriert die Bundeswehr die Innenpolitik: "Zivil-militärische Zusammenarbeit" heißt das in der Öffentlichkeit selten auffallende und niemals aufklärend kritisierte Stichwort. Wir haben heute davon bereits gehört.

Unter dem Titel ATLANTA verbirgt sich die NATO-Aktion am Horn von Afrika zum Schutz des Waren und Rohstoffhandels der westlichen Industriestaaten. Deutschland ist zunehmend beteiligt. Das politische Ziel wird von BITS so charakterisiert: Mit der Präsenz unzähliger Soldaten, Milizen, Geheimdienstler, Polizisten etc. testen die europäische Union und die USA eine neue Form des Krisenmanagements. Aufbau und Unterstützung von lokalen Stellvertretern, die den riskanten Einsatz am Boden übernehmen; die Ausrüstung und Ausbildung somalischer Soldaten, die einer Regierung unterstehen, die nur aufgrund der Stützung durch die Internationale Gemeinschaft existiert; der Einsatz eigener Spezialeinheiten; die gezielte Tötung einzelner Personen durch "Drohnen"; die Gewährleistung "humanitärer" Hilfe, die so eingesetzt wird, das sie auch den eigenen Interessen entspricht; die Entsendung zahlreicher Kriegsschiffe.

EATC - European Air Transport Command (Europäisches strategisches Lufttransportkommando) mit Zentrale in Eindhoven. Teilschritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee. "Effizienzsteigerung durch Verringerung nationaler Einflußmöglichkeit" d.h. deutsche Beteiligung nicht mehr durch den Bundestag zu kontrollieren. Aufgabe: Transport von

Soldaten, Munition, Rüstungsgütern.

Im November 2011 war die Bundeswehr mit ca. 70 Flugzeugen und einer entsprechenden Anzahl Soldaten beteiligt.

Im Libyen-Einsatz transportierte EATC 11 000 Soldaten, 3 300 Tonnen Ausrüstung, was direkte Unterstützung für Kampfflugzeuge und Kampfdrohnen bedeutete. Auf 10 % belief sich die deutsche Beteiligung. In den zuständigen NATO-Stäben waren über 100 deutsche Soldaten beteiligt - alles ohne Bundestagmandat. Mit weiten 2 U-Booten (nach 3 anderen) lieferte Deutschland dem Staat Israel "Abschußrampen" für Atomraketen + dt/frz Zustimmung zur Griechenlandhilfe .

Eberhard Przyrembel ist aktiv bei der Friedensbewegung in Duisburg.

Christian Neumann (in Duisburg)

IMPERIUM - MACHT - GEWALT !

"Clausewitz bis Aufstandsbekämpfung -
Größenwahn unvollendet"

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Wussten Sie, dass zu den 4 Verträgen von
Lissabon auch ein geheimer von Velsen
existiert?

Darin wurde auf europäischer Ebene geregelt,
worum sich zwei Senate des BVerfG schon seit
Monaten zanken, nämlich der "Einsatz im
Inneren". Hinter der Bezeichnung
EUROGENDFOR verbirgt sich eine
paramilitärische Kriseneingreiftruppe, die
aktuell zum Abmarsch nach Griechenland
vorbereitet wird. Es sind Polizisten in einer
Form, die es in Deutschland noch nicht gibt.
Angesichts eines zunehmenden
Wohlstandsgefälles droht dies aber auch für
unser Land. Ein Einsatz der Bundeswehr im
Inneren ließe sich hiermit leicht umgehen.
EUROGENDFOR ist alles zusammen: Polizei,
Kriminalpolizei, Armee und Geheimdienst. Die
Kompetenzen dieser Truppe sind praktisch
unbeschränkt. Sie soll, in enger
Zusammenarbeit mit europäischen Militärs, die
"Sicherheit in europäischen Krisengebieten"
gewährleisten. Ihre Aufgabe ist es vor allem,
Aufstände niederzuschlagen. Die Truppe kann
auch Proteste niederhalten. Proteste z.B. wie
diesen hier oder gegen den Europäischen
Stabilitätsmechanismus (ESM). Die 1. Lesung
hierzu fand am 29. März im Bundestag statt. 1
Billion Euro soll die Privatbank ESM erhalten.
Nicht Europa und seine Völker profitieren
davon. Nur wenige Private. Sagen Sie Nein
zum ESM ! Offiziere des Darmstädter Signals
schenken der Entwicklung zum "Einsatz im
Inneren" ihre besondere Aufmerksamkeit !

Während wir noch fordern "Bundeswehr raus
aus Afghanistan" und während wir uns eine
Welt ohne Militär wünschen, wird hinter
verschlossenen Türen bereits die

Privatisierung hoheitlicher Sicherheits-
aufgaben beraten. Es ist leichter tote Söldner
zu beerdigen, als öffentliche
Staatsbegräbnisse für Staatsbediente zu
zelebrieren. Und es ist einfacher Söldner zu
finden, weil sie besser bezahlt werden. Es ist
leichter ihnen einen Tötungsbefehl zu erteilen,
weil sie "Quasi-Gesetzlose" sind. Sie arbeiten
unter falschem Namen und für
Privatunternehmen mit Sitz im Ausland. Das
Geschäft mit der Sicherheit ist skrupellos.

50 km Luftlinie von hier in Kalkar sitzt das
Kommando Operative Führung der Luftwaffe
(KdoOpFüLw). Erst kürzlich wurde die
Kerntruppe von etwa 100 Soldaten für die
NATO-Eingreiftruppe (kurz: NRF) zertifiziert.
Das Qualitätssiegel bescheinigt, dass Kalkar
die NATO-Führungsstandards beherrscht. In
der Abschlussübung führten ca. 100 Soldaten
insgesamt etwa 9000 in einer virtuellen
Krisensituation. Dabei wurde sogar ein
Flugzeug abgeschossen. Spätestens nachdem
das BVerfG die Abschussbefugnis im
Luftsicherheitsgesetz (ö 14 III) kippte, ist uns
allen klar, im Zweifel wird Recht gebrochen. In
diesem Jahr, so denn NRF angefordert wird,
wäre das Kommando in Kalkar für die
Einsatzleitung zuständig. Ich persönlich
möchte dann lieber nicht in einem entführten
Passagierflugzeug sitzen.

Das Darmstädter Signal fordert automatisierte
Notlandprogramme in Zivilflugzeugen, um
dem Problem zu begegnen.

In der Zertifizierungsübung in Kalkar Ende
letzten Jahres wurde zwar mit Fantasienamen
aber mit der Topografie der Anrainerstaaten
am Golf von Aden, in der Nähe des Iran, geübt.
Das Szenario wurde vom US-Militär entworfen.
Ein Schelm der Böses dabei denkt!

Kein Krieg gegen den Iran mit Soldaten des
Darmstädter Signals !

Angriffskrieg ist immer ein Verbrechen!

Erst kürzlich musste sich ein Kommandeur der Bundeswehr bei der russischen Botschaft entschuldigen, weil in einem Planspiel seiner Dienststelle ein echter russischer General mit Bild und Namen als Bösewicht dargestellt wurde. Das ist alles hochsensibel! Einige von Ihnen erinnern sich an Abel Archer 1983. Eine Übung bis zur Anwendung von Atomwaffen. Beinahe hätte es wirklich geknallt. Dank Oberstleutnant Stanislav Petrov, der die sowjetischen Alarmsysteme richtig einschätzte, konnte der Atomkrieg verhindert werden. Das Darmstädter Signal fordert den Abbau aller Massenvernichtungswaffen weltweit. JETZT SOFORT

Auslandseinsätze:

Seit 1990 haben alle deutschen Regierungen erhebliche Probleme, militärische Auslandseinsätze zu rechtfertigen. Der originäre Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, ist angesichts von den deutschen Grenzen weit entfernter Konfliktherde nur mit erheblichen Verrenkungen zu bemühen. Letztlich speist man uns stets mit den immer gleichen drei Begründungsmustern ab:

Erstens: Deutschland müsse im Bündnis mitmachen, andernfalls werden UNO, EU und NATO geschwächt.

Zweitens: der Rückgriff auf die deutsche Geschichte. Bis zum Kosovo-Krieg wurde deutsches militärisches Engagement damit abgelehnt, ? unter der Regierung Schröder aber zum Argument für ein militärisches Eingreifen umgestaltet - es gälte, einen Völkermord zu verhindern bzw. zu beenden, mit anderen Worten, eine sich andeutende Wiederholung der Exzesse des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen.

Drittens: bleibt das Begründungsmuster des humanitären Notstandes, den es zu lindern gelte, ein Gesichtspunkt, der bei nahezu allen Auslandseinsätzen Verwendung findet.

Das beunruhigt uns!

Die Ausgestaltung von Auslandseinsätze erfolgt im Regelfall in enger Abstimmung, zuweilen auch auf Druck wichtiger Partnerstaaten und -organisationen. Erst dieser Umstand vermag zu erklären, weshalb deutsche Kampftruppen z.B. in Afghanistan und nicht im Sudan eingesetzt werden, zu welchem Zeitpunkt eine Operation beginnt und beendet wird, welche Taktik verfolgt wird und welche eben nicht. Gerade personal- und materialintensive Bundeswehreinätze folgen oft außenpolitischen Schwerpunkten der USA, die immer noch Besatzungsmacht (andere sagen Schutzmacht) Deutschlands und zugleich scheinbar der wichtigste Verbündete sind.

Die Bundeswehr eine US-amerikanische Hilfstruppe? Das wird heruntergespielt, weil es der deutschen Bevölkerung nicht zu verkaufen ist.

Mit keinem der drei Begründungsmustern können Regierungen hinreichend erklären, warum die geographische Auswahl der Einsatzorte eben so und nicht anders erfolgt - warum also im Kosovo ein neues Auschwitz drohte, gegen das auch die Bundeswehr angehen müsste, in Nigeria, Ruanda, im Kongo und im Sudan (um nur einige Beispiele zu nennen) aber nicht. Oder warum Brunnen- und Straßenbau, Mädchenschulen und Demokratisierung in Afghanistan so wichtig sind, dass tausende deutscher Soldaten dabei helfen müssen, die gleichen Dinge aber anderswo ohne Militär erfolgreich vorangetrieben werden, was beispielsweise Frau Ursula Nolte und Dr. Reinhard Erös in Afghanistan seit Jahren konditioniert belegen. Militär ist das Gefährdungspotenzial.

Im April 2009 hob die Regierung heimlich, still und leise das Tötungsverbot für Kommandosoldaten auf. War bis vor kurzem die Anwendung tödlicher, militärischer Zwangsmittel in Auslandseinsätzen nur in

Notwehr oder Nothilfe gerechtfertigt, wurden die ohnehin schon schwer erklärbaren Einsatzregeln kurzer Hand erweitert. So darf die Truppe in Afghanistan seit Juli 2009 einem aggressiven Gegner bei dessen Flucht hinterher schießen. Die Staatsanwaltschaft spricht von Stellungswechsel. Bei der Piratenbekämpfung sollen deutsche Soldaten ab sofort mit Hubschraubern über somalischen Strand schweben und mit Maschinengewehr gezielt feuern. Das dabei Benzinfässer bersten, auslaufen, die Umwelt verschmutzen oder gar explodieren, geht unserem Außenminister, der dem im März 2012 zugestimmt hat am Hintern vorbei.

Im Juni 2011 suchten Sie in Afghanistan verhandlungsbereite Taliban. Die USA sprachen von "Versöhnung" und formulierten konkrete Bedingungen für Gespräche. Dabei fanden längst geheime Verhandlungen statt, wie Karzai später bestätigte. Sie sagen uns einfach nicht die Wahrheit !

Die Taliban fordern als Bedingung für Gespräche den vorherigen Abzug.

Die NATO-Militärstrategie ist gescheitert. Nur noch Schönrederei !

Nach der Tötung von Rabhani am 20. September 2011 verloren die afghanische Regierung und ihre Verbündeten den Verhandlungsführer. Karzai räumte 2 Wochen später ein, er "wisse nicht, mit wem er sprechen" und "an wessen Tür er klopfen könne." Mitte Oktober lagen die Friedensgespräche offiziell "auf Eis". Die bisherige Friedens- und Versöhnungsstrategie wird seitdem "überdacht." Aber der unsägliche Krieg geht weiter. Sie morden auf beiden Seiten. Die NATO mit ihren völkerrechtswidrigen Drohnen und nächtlichen Hausfriedensbrüchen. Die Aufständischen mit ihren Hinterhalten und Raketenangriffen. Beides ist Terror. Und mir ist es gleich, wer ursächlich den ersten Stein geworfen hat.

Lasst uns rufen: "Schluss jetzt mit dem Wahnsinn!"

Um den innerafghanischen Versöhnungsprozess zu unterstützen, setzt die Bundesrepublik große Hoffnungen auf das Konzept "Counterinsurgency (kurz: COIN) zu deutsch "Aufstandsbekämpfung".

Prof. Bernd Greiner weist nach und ich pflichte ihm bei: Das Konzept funktioniere überhaupt nicht.

Etwa seit 2006 wenden die US-Truppen das Konzept in AFG an. Bundeswehroffizieren war es verboten. Dann im Jahr 2010 definierte das deutsche Verteidigungsministerium plötzlich die dazugehörigen Begriffe und führte US-amerikanische Vorschriften in die hiesige Ausbildung ein. Im Fokus stehe dabei die Zivilbevölkerung, deren Akzeptanz und Unterstützung zu gewinnen sei. Wesentliche Elemente sind das Partnering und die Trennung der Aufständischen von der Zivilbevölkerung. Blöd nur, wenn Aufständische zu Zivilisten werden und umgekehrt. In der Machtlosigkeit der Armee gegenüber der Guerilla und wegen des Erfolgsdrucks werden dann im Zweifel durch NATO-Soldaten Zivilisten getötet.

Krieg hat seine eigenen Gesetze. Krieg ist nicht akzeptabel!

Immer mehr Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr verweigern den Kriegsdienst. In den vergangenen sechs Jahren stieg die Zahl der entsprechenden Anträge kontinuierlich von 15 (2006) auf 181 (2011). Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes Ende 2001 verweigerten insgesamt 593 Offiziere und Unteroffiziere. Seit kurzem dürfen auch Sanitäter einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen. Das musste hart erstritten werden und zeigt, auch Ärzte müssen heutzutage zur Waffe greifen. Wo soll

Christian Neumann (in Duisburg)

das noch hinführen?

Nicht allein das Militär scheiterte. Die okzidentale Zweck-Ziel-Mittel-Relation, die euroatlantischen Ziele und Denkweise sind ursächlich verantwortlich zu machen. Greifbar wird dies u.a. durch vom Bundessicherheitsrat genehmigte Waffenexporte in Krisenstaaten, durch zunehmendes Wohlstandsgefälle weltweit und Realitätsverlust in der Wahrnehmung der Akteure.

Sie verbieten uns das Wort, schneiden uns, bezichtigen uns des Antisemitismus oder verpassen unseren Abgeordneten im Berliner Parlament einen Maulkorb. Mit einem aktuellen Entwurf zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages versucht die Regierung trickreich jede Opposition zu neutralisieren.

Der Schlüssel zum Frieden ist eine ausführliche Bedürfnisanalyse aller Interessengruppen. Handlungsmöglichkeiten werden sich erst aus ehrlichen und gleichberechtigten, offenen und ergebnisoffenen, direkten Verhandlungen aller Kräfte im Raum eröffnen. Erst dies entmoralisiert den Krieg. Die Abschaffung von Kriegswaffen über ein verbindliches Weltabrüstungsabkommen mit Produktionsalternativen zum Wohle von Mensch & Umwelt für die Rüstungsindustrie sollte parallel zu diesem Prozess vorangetrieben werden. Die Klage des Friedens angeführt von Dr. Klaus Schlichtmann i.V.m. einer Konkretisierung des Artikel 26 Grundgesetz und § 80 Strafgesetzbuch frei nach Jürgen Rose sind jetzt die wesentlichen Aufgaben der Friedensbewegung, um dem Angriffskrieg endgültig den gar aus zu machen.

Das Darmstädter Signal unterstützt Aktion
Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel !

Unterstützen Sie uns !

Karin Leukefeld (in Düsseldorf)

Wir leben in einer gefährlichen Zeit.

Kriegstrommeln werden gerührt

Stimmen für Dialog und Frieden werden denunziert und niedergemacht.

Das internationale Völkerrecht wird missachtet und verkommt.

Kriegstreiber und Waffenhändler haben das Sagen

Und werden gestärkt von Medien, der so genannten "4. Macht".

Anstatt die politische Macht und ihren Apparat zu kontrollieren,

Anstatt Unrecht, Heuchelei und Lüge aufzuzeigen und alle Seiten zu Wort kommen zu lassen, damit die Öffentlichkeit sich ein Bild machen und verstehen kann,

begleiten Medien wie die Kriegstrommler und Trompeter früherer Heere

die neuen Beutezüge der westlichen Welt.

Im Wettlauf mit den so genannten "sozialen Medien" feuern herkömmliche Medien - nicht alle, aber zu viele - Konflikte an, anstatt sie zu hinterfragen. Mit einseitiger Berichterstattung, ungeprüften angeblichen Fakten und dem Verschweigen bekannter Tatsachen drängen sie zum Handeln, anstatt Ereignisse transparent zu machen.

Medien kontrollieren nicht mehr die politische Macht, sie sind Teil dieses Machtapparats geworden.

Sie trommelten zum Krieg gegen Afghanistan

Sie trommelten zum Krieg gegen den Irak

Sie trommelten zum Krieg gegen Libyen und heute

trommeln sie zum Krieg gegen Syrien und gegen Iran.

Der westliche Blick auf die Geschehnisse im Mittleren Osten ist häufig getrübt.

In der arabischen Welt selbst, wo ich als Korrespondentin arbeite, in Asien, Afrika und Lateinamerika ist der Blick anders, vielfältig und vor allem offen.

Man erinnert sich daran, dass Juden, Christen und Muslime dort Tür an Tür lebten und gemeinsam eine einzigartige Kultur formten. Man erinnert sich an die Kreuzzüge des Mittelalters, an Jahrhunderte osmanischer Besatzung der arabisch-islamischen Welt. Man erinnert sich an Jahrzehnte von Bevormundung und Unterdrückung durch Frankreich und Großbritannien, die nach dem Ende des 1. Weltkrieges den Irak, Syrien und das historische Palästina unter sich aufteilten und ungefragt neue Grenzen zogen. Man weiß, dass die arabischen Staaten die Gründung des Staates Israel ablehnten. Man spricht über die Besatzungsmacht Israel, die unfähig und unwillig ist, Frieden mit ihren Nachbarn zu schließen, bewaffnet ist bis an die Zähne, die das Völkerrecht verhöhnt.

Und man sieht die energiehungrigen Industriestaaten in Ost und West, die gierig nach den Rohstoffen der Region greifen. Während Russland, China und Indien ihre Bedürfnisse durch Handelsabkommen sichern wollen, greifen die USA und ihre Bündnispartner in der NATO militärisch durch, um Rohstoffe und ihre geostrategischen Interessen abzusichern.

Unter dem Vorwand von Menschenrechten wurde der Sudan zerteilt, Somalia zerstört,

Karin Leukefeld (in Düsseldorf)

Jemen zu einem Schlachtfeld mit Al Khaida aufgerüstet. Der Irak wurde unter falschen Vorwänden überfallen und zerstört, wie Libyen im vergangenen Jahr.

Wie heute Syrien und morgen der Iran?

Syrien, das in seiner langen Geschichte für Hunderttausende Flüchtlinge - Tscherkessen, Armenier, Palästinenser, Sudanesen, Iraker - zu einer neuen Heimat wurde. Das Frieden mit seinen Nachbarn sucht, doch auf seinem Recht beharrt, die von Israel annektierten Golanhöhen zurückzubekommen.

Ja, es gibt berechnete Forderungen der Syrer nach Demokratie und Bürgerrechten. Sie wollen ihr Land friedlich verändern, wie mir unzählige Gesprächspartner in Syrien versicherten. Sie lehnen bewaffnete Gewalt ab, egal von welcher Seite. Doch werden diese Stimmen kaum gehört in dem Getöse, das westliche Politik und Medien veranstalten.

Es ist noch nicht lange her, da war West-Deutschland Frontstaat in einer bipolaren Weltordnung gegen den Osten. Nach dem Zerfall des so genannten Ostblocks und der deutschen Wiedervereinigung vor mehr als 20 Jahren stand Deutschland mit den USA auf dem Siegerpodest. Heute ist Deutschland mit 11 Prozent Anteil am Weltmarkt nicht nur der drittgrößte Waffenexporteur weltweit, mit der Waffe der Sanktionen führt Deutschland Wirtschaftskriege in aller Welt. Auf die betroffenen Staaten wirken Sanktionen wie die Belagerung einer Stadt im Mittelalter. Sie schnüren dem Land wirtschaftlich, politisch und sozial die Luft ab. Ziel ist nicht, der Bevölkerung zu helfen, Ziel ist immer, eine nicht genehme politische Führung zu zwingen, den Willen derjenigen zu erfüllen, die die Sanktionen verhängen.

31 Länder stehen auf der Liste der EU Sanktionen, selbst gegen Al Khaida wurde ein "Waffenembargo, Einreiseverbote und die Beschlagnahme der Finanzen verhängt", wie

die SZ kürzlich berichtete.

In weniger als einem Jahr verschärfte die EU 13 Mal die Sanktionen gegen Syrien. Das Ölembargo führte direkt zu einem Mangel an Heizöl, was die Syrer im Winter schmerzlich vermissten. Selbst Länder, die syrisches Erdöl kaufen oder Firmen, die Öltransporte ausführen und versichern, sollen bestraft werden.

Sanktionen treffen immer die Bevölkerung, sie zerstören die wirtschaftliche und soziale Struktur eines Landes, was im Irak nach 13 Jahren UN-Sanktionen gut zu sehen war. Irak, einst Vorbild im Mittleren Osten für Bildung und Gesundheitsversorgung, ist heute ein hochkorrupter Staat. Sanktionen fördern Korruption und Schwarzhandel. Somalia, Myanmar, Afghanistan und Irak sind nach Transparency International die korruptesten von 178 gelisteten Staaten, gegen alle vier Staaten haben die Westmächte Sanktionen verhängt.

Es gibt keinen völkerrechtlich anerkannten Mechanismus, sich gegen Sanktionen zu wehren. Umgekehrt aber können Staaten und Firmen, die Sanktionen missachten, wirtschaftlich ebenfalls bestraft werden. Dieses böartige Kampfmittel wird zumeist gegen Entwicklungsstaaten angewandt, die ohnehin wirtschaftliche Probleme haben und auf Im- und Export angewiesen sind.

Sanktionen fördern Konflikte, anstatt sie zu lösen.

Sanktionen bereiten Kriege vor und müssen - wie Waffenexporte - hier gestoppt werden, in Deutschland und Europa, von wo sie ausgehen!

Wie alle Menschen auf der Welt haben auch die Syrer ein Recht auf Demokratie und Entwicklung, auf Bürgerrechte und Freiheit. Und sie haben das Recht, ihre Zukunft selber zu bestimmen. Mit der Militarisierung ihres

Karin Leukefeld (in Düsseldorf)

inneren Konflikts, mit der Aufrüstung zweifelhafter Aufständischer durch Saudi Arabien und Katar, die selbst Oppositionelle bedrohen, wird den Syrern dieses Recht aus den Händen genommen.

Und wer sagt, dass politische Veränderungen nicht auch langsam und allmählich erreicht werden können, wenn ein Volk es wirklich will? Die Demokratisierung Europas hat Jahrhunderte gedauert und ist längst nicht abgeschlossen!

Ich möchte zum Schluss an den Schwur von Buchenwald erinnern, der auch 67 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs hoch aktuell ist. Am 19. April 1945 schworen die überlebenden Gefangenen des Konzentrationslagers Buchenwald:

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Fast 70 Jahre nach diesem Schwur sind wir weit von diesem Ziel entfernt.

Alle Friedensbewegten müssen weiterhin - und nicht nur an Ostern - aufstehen und streiten für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Damit auch Deutschland dort ankommt, wo der einzige Platz für Deutschland ist, wenn es die Lehren aus zwei Weltkriegen gelernt hat: in den Reihen einer weltweiten Friedensbewegung.

Ohne Militarisierung, ohne Heuchelei und ohne Bevormundung.

Im Sinne des Völkerrechts und der Selbstbestimmung der Völker gilt damals wie heute:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Ulrich Sander (in Düsseldorf)

Kriegsgefahr droht auch aus Nordrhein-Westfalen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Angela Merkel, die CDU-Vorsitzende, sagte in ihrer Rede auf der sog. Münchener Sicherheitskonferenz 2004: "Um die Politik anderer Nationen zu beeinflussen, um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen, müssen alle Mittel in Betracht gezogen werden, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern."

Und die von ihrer Regierung abgeseigneten Verteidigungspolitischen Richtlinien bezeichnen die Streitkräfte als notwendig für die Gewährleistung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands". Da sind Leute am Werk, die sich Außenpolitik fast nur noch militärisch vorstellen können.

Die Außenpolitik unseres Landes weicht weit erheblich ab vom Grundgesetz unseres Landes. Dies verbietet Angriffskriege und erlaubt nur Streitkräfte zur Verteidigung. Doch weit und breit gibt es keine Gefahr, dass unser Land angegriffen werden könnte und verteidigt werden müsste. Die Gefahr geht von unserem Land aus, das sich an Angriffskriegen beteiligt und weitere vorbereitet.

Daran ändert auch die Bundeswehrreform nichts - im Gegenteil, diese dient dazu, die Truppe immer effektiver zu machen. Sie wird nicht billiger und nicht kleiner. Anstelle der Wehrpflichtigen stehen hunderttausende Reservisten bereit, die im Rahmen einer Militärisch-zivilen Zusammenarbeit jederzeit die Truppen zum Einsatz im Inneren und Äußeren auffüllen können. Ja auch im Innern, zum Streikbruch zum Beispiel im öffentlichen Dienst und zum Vorgehen gegen Demonstranten wie wir es in Heiligendamm im Jahr 2007 erleben mussten.

Zugleich geht von unserem Land auch die

Kriegsgefahr durch immer weiter um sich greifende Rüstungsproduktion und die Ausfuhr dieser Mordinstrumente aus.

Und diese Gefahr geht auch von Nordrhein-Westfalen aus. Hier befinden sich die großen Rüstungsschmieden Thyssen/Krupp und Rheinmetall. Hier befindet sich die Zentrale der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit in Köln und hier ist in diesem Jahr das Luftwaffen-Führungshauptquartier in Kalkar in Dienst gestellt worden, von wo aus künftig die Luftkriege der Nato geführt werden können, solche wie in Libyen, wo die Nato half, das eine Gewaltregime gegen ein anderes auszutauschen, auf dass der Zugang des Westens zum libyschen Öl bestehen bleibt.

Wir stehen vor Landtagswahl in NRW. Wir als Friedensbewegung sind aufgefordert, auch mit friedenspolitischen Themen in die politische Auseinandersetzung in unserem größten und bevölkerungsreichsten Bundesland einzugreifen.

Hunderttausendfacher Protest hat einst in Kalkar am Niederrhein dafür gesorgt, daß dort keine atomare Wiederaufbereitungsanlage entstand. Es gibt Grund, wieder in großer Zahl dort zu protestieren.

Bundeswehrführung und NATO haben in Kalkar - ohne viel Aufsehen zu erregen - das Hauptquartier für Luftkriegsoperationen aufgebaut. Eingreiftruppen in aller Welt können seit 2012 von der von-Seydlitz-Kaserne aus kommandiert werden. Es wäre ein Krieg von deutschem Boden aus, ein Krieg, der auch unser Land zum Kriegsschauplatz macht. Denn Raketen sind Magneten.

Wir Ostermarschierer vom Rhein und von der Ruhr brachten es in unserem Aufruf für die diesjährigen Aktionen auf den Punkt: "Durch das ungehemmte Vorgehen der NATO werden das Völkerrecht und die weltweite Friedensordnung verletzt. Die Gefahr von

Ulrich Sander (in Düsseldorf)

Kriegen steigt, die Welt wird unsicherer. NATO-Kriegseinsätze werden auch von Nordrhein-Westfalen aus gesteuert, so durch das der NATO unterstellte Luftwaffen-Führungshauptquartier in Kalkar." Raus aus der NATO muss daher die Forderung lauten.

Von Kalkar aus wird zunächst der Luftraum nördlich der Alpen observiert. Auch das Kommando für den umstrittenen NATO-Raketenabwehrschild wird in Deutschland errichtet: Auf dem NATO-Stützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein, 380 Kilometer von Kalkar entfernt. Dann wird die NATO-Truppe vom deutschen Ramstein aus den Raketenabwehrschild gegen neue Mittelstreckenraketen kommandieren. Kommt einem das nicht irgendwie bekannt vor? Ja, die Wiederholung der Kriegsrhetorik aus der Zeit von Helmut Schmidt und Helmut Kohl ist keine beruhigende Sprache etwa für Rußland. Kalkar und später Ramstein werden sich im Fadenkreuz der angeblich "uns bedrohenden Mittelstreckenraketen" befinden. In Wirklichkeit soll von hier aus der ganze Nahe Osten und die ehemalige Sowjetunion bedroht werden.

Die NATO spielt Krieg, und in Kalkar wird er auf dem Reißbrett geplant und gesteuert. Es bedurfte der aufmerksamen Lektüre die Lokalseite aus Kalkar der Neuen Rhein/Ruhrzeitung aus der WAZ-Gruppe, um zu erfahren, was auf der von dort aus gesteuerten NATO-Herbstübung geschah: In einem Bericht des kommandierenden Generals hieß es: "Eine gestohlene, mit Sprengstoff beladene Cessna hatte Kurs auf die Hauptstadt ge-nommen." Und er kommt nach einigen Erklärungen über "Abdrängversuche" und "Warnschüsse" auf den Punkt. "Wir haben sie abgeschossen. Letztlich habe ich den Befehl dazu gegeben."

Es war ein illegaler Befehl, ein Verfassungsbruch. Über solche Übungen ist zu sagen: Die Piloten müssen wissen: Ein Befehl zum Abschuss ist der Befehl zu einem Verbrechen, zum rechtswidrigen Totschlag. Der

einem solchen Befehl folgende Pilot sollte sich anschließend vor einem Schwurgericht wiederfinden. Es gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz mit der Bekräftigung des Artikels 1 des Grundgesetzes, zum Recht auf Leben und zum Verbot von Abschüssen von Zivilflugzeugen durch Kampffjets.

Doch zu oft verweigerte die Bundeswehr schon den Gehorsam gegenüber der Verfassung. Wir sind zur Wachsamkeit gegenüber der Nato und der Bundeswehr aufgefordert. Wir sagen Nein zur Raketenabwehrrüstung und zum Luftwaffen-Führungshauptquartier, wie auch zum Einsatzführungskommando für die Zivilmilitärische Zusammenarbeit.

Große Aufregung herrscht hierzulande über die dramatische Warnung von Günter Grass vor einem Atomkrieg. Er sieht die Gefahr dafür in der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung gegeben, die über Atomwaffen verfügt, anders als die Regierung des Iran. Die sich eskalierende Kriegsdrohung gegen den Iran kann dazu führen, dass diese in einen atomaren Erstschatz, in das Inferno, in die Vernichtung von Millionen Menschen einmündet. Der Schriftsteller und Vorsitzende des P.E.N.-Zentrums Deutschland Johano Strasser hat dazu in einer Erklärung, die sich angenehm abhebt vor den wütenden Angriffen von Medien und Politikern gegen Grass, das folgende ausgesagt:

"Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist natürlich kein Antisemitismus. Dann müsste man ja mehr als die Hälfte der israelischen Bürger zu Antisemiten erklären. Ich wünsche dringend, dass der Staat Israel ein historischer Erfolg wird. Ich bin aber besorgt darüber, dass die Politik, die die jetzige Regierung macht, nie zu einem Frieden führen wird. Zu glauben, es gäbe ein Recht auf präventiven Krieg, weil vermutet wird, dass der Iran an der Entwicklung einer Atombombe arbeitet, halte ich für abenteuerlich. Ich bin mit der amerikanischen und der deutschen Regierung

Ulrich Sander (in Düsseldorf)

und mit Günter Grass der Meinung, dass ein Präventivschlag nicht zulässig ist."

Ich stimme dieser Erklärung des Vorsitzenden des P.E.N.-Zentrums zu - mit einer Einschränkung. Die deutsche Regierung hat die israelische Regierung zwar kürzlich wissen lassen, dass sie in der Auseinandersetzung mit dem Iran diplomatische Bemühungen einem Krieg derzeit vorzieht. Sie hat aber auch angekündigt, Israel weiter mit U-Booten zu beliefern, die einem Krieg in der Nahostregion dienen. Günter Grass hat zwei Punkte ausgesprochen, die hier zu unterstreichen sind:

1. soll "mit flinker Lippe als Wiedergutmachung deklariert, ein weiteres U-Boot nach Israel geliefert werden soll, dessen Spezialität darin besteht, alles vernichtende Sprengköpfe dorthin lenken zu können, wo die Existenz einer einzigen Atombombe unbewiesen ist."

Und 2. fordert Günter Grass etwas sehr vernünftiges, "daß eine unbehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz von den Regierungen beider Länder zugelassen wird."

Warum wird nur die Überprüfung der Atomanlagen des Iran von den Regierungen verklagt, warum nicht auch die Kontrolle des israelischen Atomwaffenarsenals? Warum verlangt man nicht den Beitritt Israels zum Atomwaffensperrvertrag, dem der Iran beigetreten ist? Und warum wird nicht endlich eine Konferenz zur Schaffung eines atomwaffenfreien Nahen Ostens einberufen? Warum tritt unser Land nicht ein für den Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen Iran und Israel?

Und schließlich: Warum sichert die Bundesregierung nicht endlich zu, den Abzug der Atombomben zu verlangen und zu

erreichen, die auf deutschem Boden lagern? Für eine atomwaffenfreie Welt. Das ist nach wie vor die Losung des Ostermarsches.

Zu den U-Booten-Produktionen und der Rüstungsproduktion in unserem Land möchte ich noch näher eingehen. Auch hier ist der Stopp zu verlangen. Ich weise darauf hin:

Der Rüstungskonzern Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist das achtgrößte europäische Rüstungsunternehmen. Im zivilen Bereich ist er auch Zulieferer für den Automobilbau - wengleich auch Automobile für die Rüstung gebaut werden. Rheinmetall hat in zwei Weltkriegen am Rüsten und Morden verdient. Während des Zweiten Weltkriegs arbeiteten zahlreiche Zwangsarbeiter in den Rheinmetall-Betrieben. Heute ist Rheinmetall wieder führend bei der Schaffung von Tötungsmaschinen. Über 3 Mio. Aktien von Rheinmetall wurden ausgegeben, hunderttausende Aktienbesitzer profitieren vom kriegerischen Handwerk des Konzerns. An der Stellung Deutschlands als führender Waffenexporteur weltweit hat Rheinmetall einen großen Anteil.

Dies kann auch von den Thyssen- und Krupp-Nachfolgern gesagt werden. Thyssen und Krupp waren führend in der Finanzierung der Nazis und bei der Rüstung Deutschlands in zwei Weltkriegen. Mit dem heutigen Nachfolger ThyssenKrupp entstand ein neuer Rüstungsgigant, der die verhängnisvolle Tradition seiner Vorläufer fortsetzt, obgleich z.B. die Herren Alfred Krupp und Berthold Beitz dereinst zusicherten, nie mehr für den Krieg produzieren zu wollen. Seine Spezialitäten: U-Boote und Marine-Überwasserschiffe.

Zusammen mit Krauss-Maffei Wegmann, zuständig für die Panzerproduktion, und anderen Rüstungskonzernen hat sich die Bundesrepublik den zwielichtigen Ruhm erworben, im Rüstungsexport an dritter Stelle

Ulrich Sander (in Düsseldorf)

in der Welt zu stehen. Hemmungslos werden die todbringenden Waffen auch an Diktaturen zur Unterdrückung der eigenen und der Nachbarvölker sowie in Spannungsgebiete geliefert.

Der Schwur der Überlebenden in den Zwangsarbeiterlagern von Rheinmetall, Thyssen und Krupp nach ihrer Befreiung war eindeutig: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Das war auch die Losung der Gewerkschaften. In sie setzen wir große Erwartungen. Sie sollen sich gegen Rüstungsproduktion und für die Umwandlung dieser Produktion in eine Friedensproduktion einsetzen.

Sie mögen sich der Forderung nach einem strikten Waffenembargo gegen alle Staaten der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten anschließen. Die geplante Lieferung von 270 Kampfpanzern Leopard II an Saudi-Arabien und atomwaffenfähigen U-Booten an Israel muss gestoppt werden. Mit der Kampagne "Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel" sollen Aktionen am Standort der Rüstungsindustrie - also auch in Düsseldorf - durchgeführt werden. Wir rufen besonders die IG Metall zum Mithandeln auf.

Frau Merkel will mit Marschflugkörpern ihre Politik durchsetzen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder tönte am Silvestertag 2003 in die deutschen Wohnzimmer hinein: "Manchmal können wir mit Spenden helfen, manchmal müssen wir Soldaten einsetzen".

Willy Brandt hat gesagt: Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden. Wir halten es mit Willy Brandt.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA und Journalist.

„Ja, am ersten Mai werden wir auch wieder im Hofgarten sein und an unserem Infostand Werbung für den Flüchtlingsrat machen. Ja, wir werden uns auch weiterhin für Menschenrechte, Flüchtlinge und für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Und ja, wir wollen weitermachen wie bisher“, das sagen Eva und Otto Klippenstein, die sich nunmehr seit Jahrzehnten für vielfältige Projekte in zahlreichen Organisationen einsetzen.

Wir sitzen in ihrem schönen Haus in Kaiserswerth, umringt von unzähligen Bildern und Gemälden von Künstlern aus aller Welt – hier der befreundete vietnamesische Künstler Chau Tran, ehemaliger Flüchtling, dort eine Batik aus Sri Lanka, hier ein Gemälde von der Düsseldorfer Künstlerin Ilse Henin - und ich sehe den Ort, wo Eva und Otto Kraft tanken. Kraft braucht es fürwahr, um dieses Leben zu führen und sich mit dieser Intensität für die Armen, für die Benachteiligten und für die Verlassenen zu engagieren. Eva wird schon am nächsten Tag nach Belarus reisen, wo sie u.a. ein Waisenhaus besuchen wird, die letzte Reise ging mit die „Aktion Sühnezeichen“* in die Türkei – und die übernächste Reise, wie sollte es anders sein, ist natürlich auch schon geplant und geht ebenfalls in die Türkei.

Dann erzählen sie aus ihrem Leben und wie alles begann. Ich glaube, es könnten mehrere Bücher darüber geschrieben werden – schade, dass es hier nur die Skizze einer groben Übersicht ist.

Eva und Otto haben ihr Herz in Heidelberg verloren – und zwar aneinander. Dort haben sie sich während ihres Soziologiestudiums kennen- und liebengelernt. Vor Heidelberg kamen noch einige Stationen – für Eva war ein markanter Punkt ihr Studium in Frankfurt bei Carlo Schmidt, dessen Aussage sie zitiert: „Wir müssen beim Asylrecht ganz großzügig sein“, danach Frankfurt und Mainz – Otto verschlug es zuerst nach Hamburg, später dann Berlin – er studierte Jura und als Nebenfach Politische

Wissenschaften. Er nennt sein Studium prägend für sein späteres berufliches Schaffen als Sozialwissenschaftler. Bis zu ihrer ersten gemeinsamen Wohnung in Düsseldorf dauerte es also noch eine Weile. Ihre Liebe hat auch Früchte getragen: Tochter Cornelia, Schwiegersohn und der noch klitzekleine Enkelsohn leben heute in den neuen Bundesländern.

Die praktische politische Arbeit hatte Ende der 70iger Jahre angefangen. Damals folgten beide einem Aufruf in der Zeitung, man möge den vietnamesischen Bootsflüchtlingen Pate sein, ihnen Hilfe gewähren und Unterstützung bei Behördenangelegenheiten geben. 26000 waren es damals, die nach Deutschland kamen, dann 1989 eine große Flüchtlingswelle aus vielen Ländern, danach die Roma aus dem Balkan.

Es mündete darin, dass sie 1995 den „Düsseldorfer Flüchtlingsrat“ gründeten. Der Flüchtlingsrat ist ein Netzwerk von etwa 500 Initiativen, u.a. auch Kirchengemeinden, Gewerkschaften und Einzelpersonen, die mit der diskriminierenden Behandlung der Flüchtlinge nicht einverstanden sind und ihnen vielfältige Hilfe geben. Unter anderem dürfen sich Flüchtlinge nicht aussuchen, wo sie wohnen, sie dürfen die Stadt / den Landkreis nicht verlassen, leben oft in katastrophalen Sammelunterkünften – Beispiel Düsseldorf-Gerresheim auf der Heyestraße, in der sich seit Jahrzehnten nichts geändert hat – haben ein weitreichendes Arbeitsverbot und erhalten eingeschränkte Sozialleistungen. Trotz schwerwiegender Fluchtgründe wird ihnen der Flüchtlingsstatus oftmals verweigert. Unterstützung aus Parteien gibt es so gut wie gar nicht, erst recht nicht von den etablierten Parteien, wohl aber Hilfe von Rechtsanwälten und Ärzten, die auch Klandestinen helfen.

Wie sind sie zu dem geworden, was sie machen? Was motiviert sie, sich helfend mit Rat, Tat aber auch mit Geld einzubringen?

Antrieb für beide war ganz sicher das Erleben ihrer eigenen Flucht und das Mitgefühl für Menschen, die diesem Schicksal ebenfalls ausgeliefert sind. Otto war 8 Jahre alt, als er 1945 mit seiner Familie aus Ostpreußen vor den Russen floh, nach der Mark Brandenburg vertrieben wurde und dann von dort erneut 1952 nach West-Berlin floh. „Kälte, Frost, keine Ernährung, kein Wasser, Angst“, das sind seine traurigen Erinnerungen. Krankheit durch den Mangel musste er erleiden, was ihn heute noch körperlich einschränkt. Auch der Suizid einer Verwandten, die sich damals nach stundenlangen Misshandlungen und Vergewaltigungen das Leben nahm, gehört ebenfalls zu den erschütternden Kriegsgräueln, an die er sich erinnert.

Evas Vater drohte wie auch anderen Wissenschaftlern die Verschleppung nach Russland – und so floh auch ihre Familie 1947 mit der kleinen 7-jährigen Eva von Dessau nach Baden-Württemberg zu Verwandten.

Sie waren mehrmals Gasteltern für Kinder aus Tschernobyl, haben die „Großmütter von der Plaza de Mayo“* aus Argentinien in die Türkei eingeladen, gehören zum UnterstützerInnenkreis der „Mahn- und Gedenkstätte“*, waren für „Amnesty International“* tätig, für die „Aktion Sühnezeichen“*, haben Stätten des Grauens in aller Welt besucht und berichten darüber, sahen schlimmste Unterdrückerstaaten wie Weißrussland, fahren nach Kurdistan, unterstützen die „UNKonvention gegen das Verschwindenlassen“.

Das Schicksal von Flüchtlingen ist jedoch ihr Hauptanliegen. „Flüchtlinge werden oft als Bedrohung empfunden“, sagen Eva und Otto. Das war 1945 in Deutschland so, als Millionen Vertriebene Obdach brauchten, das ist heute so, wenn Menschen aus meist ausweglosen Situationen bei uns Schutz suchen.

Der sensationelle Fund eines Schädels im Tschad datiert den menschlichen Ursprung

jetzt etwa sieben Millionen Jahre zurück. Damals entflohen unsere Vorfahren der Trockenheit. Nach heutigen Maßstäben waren das Klimaflüchtlinge, und sie würden heute nirgendwo Asyl erhalten. Aber da es damals keine Grenzen gab, konnten sie und ergo wir als nachfolgende Spezies Mensch überleben. Immer noch entfliehen Menschen der Trockenheit. Sie fliehen vor Kriegen und Folter, vor Verletzungen an Leib und Seele, vor Grausamkeiten aller Art. Heute haben Menschen Grenzen errichtet. An diesen Grenzen scheitern die meisten der Hilfe Suchenden und nur ganz wenigen gelingt die rettende Flucht.

„Empathie für die Armen, die hier ankommen, und nicht im eigenen Saft verharren“, das wünschen sich Eva und Otto. Lasst uns diesen Wunsch teilen, gemeinsam die zu Schützenden bei uns willkommen heißen und sie bei ihrem schweren Schicksal begleiten.
Düsseldorf, am 7. April 2012

Erika Bosch

Claudia Wöhrmann-Adam (in Köln)

"Nicht der Krieg ist der Ernstfall, .. sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben."

Wissen Sie, von wem dieses Zitat stammt?

Von Gustav Heinemann, dem Bundespräsidenten von 1969 - 1974, der dem 1. Kabinett des Bundeskanzlers Adenauer als Bundesminister des Inneren angehörte und der als 1. Minister der Bundesrepublik Deutschland seinen Rücktritt aus ehrenwerten Gründen erklärte, nachdem bekannt geworden war, dass Adenauer Geheimverhandlungen über einen deutschen Wehrbeitrag geführt hatte und eine "Bereitschaft zur Remilitarisierung" angeboten hatte.

Heinemann erklärte weshalb er die Wiederbewaffnung ablehne: Deutschland sei unmöglich militärisch zu schützen, da es im Kriegsfall unweigerlich zum Schlachtfeld zwischen West und Ost werde und dabei nur mit Zerstörung, nicht mit Sieg zu rechnen habe.

Dies würde ein westdeutscher Militärbeitrag nur legitimieren. Die Aufstellung deutscher Truppen würde die eigenen sozialen Gestaltungsmöglichkeiten stark begrenzen.

Das waren politische Vorbilder, von denen können wir heute nur träumen, oder?

Ich überbringe Ihnen und Euch die solidarischen Grüße von ver.di, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft.

Wir als Gewerkschafter/innen setzen uns ein für:

Frieden und Abrüstung, für eine Welt ohne Atomwaffen, für eine Welt, die frei ist von Ausbeutung und Unterdrückung, frei von Folter und Krieg.

Diese Grundeinstellung von ver.di findet sich sowohl in unserer Grundsatzerklärung als auch

in zahlreichen Anträgen wieder, die z. B. auf dem letzten Bundeskongress vergangenen Herbst in Leipzig verabschiedet wurden. Dazu gehören Positionen wie:

Die Unterstützung der Aktion "Stoppt den Waffenhandel".

Die Forderung nach dem Ende der atomaren Bewaffnung weltweit.

Der Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan.

Die Forderung "Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr".

Die Forderung nach einer Zivilklausel für Schulen, Hochschulen und Forschung, damit Lehre und Forschung ausschließlich auf friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind.

Unsere Solidarität gilt der zivilen Bevölkerung in Afghanistan ebenso wie im Irak und überall auf der Erde, wo die Menschen unter Krieg und seinen Folgen leiden.

Wenn das Geld, das für die kriegerischen Auseinandersetzungen beispielsweise im Irak und in Afghanistan ausgegeben wurde und wird, stattdessen in Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur usw. investiert worden wäre, dann wären nicht nur Not und Elend, sondern auch die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen wirksamer bekämpft worden.

Es ist ein Skandal, dass sich der bundesdeutsche Export von Kriegs- und anderen Waffen seit Jahren ständig steigert; geliefert wird und wurde ohne Rücksicht auf mögliche Menschenrechtsverletzungen in autoritär regierte Staaten wie Saudi-Arabien, in das Libyen von Gaddafi, nach Pakistan ebenso wie in Entwicklungs-länder oder auch in das hochverschuldete Griechenland. Deutschland ist mittlerweile der drittgrößte Rüstungslieferant

weltweit.

Dass der Rüstungsexport von 2009 auf 2010 um abenteuerliche 60 % gestiegen ist, reicht der Bundesregierung nicht:

In einer Stellungnahme des Bundes an die EU-Kommission vom 27. Oktober letzten Jahres heißt es, bei der Ausfuhrkontrolle solle das "Bestreben, destabilisierende Waffenanhäufungen zu verhindern, den legalen Handel, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen mit neuen Gestaltungsmächten nicht unangemessen erschweren und verhindern".

In dem Dokument geht es um sogenannte "Dual-use-Güter", die militärisch und zivil nutzbar sind.

Sowohl die "außen- und sicherheitspolitischen Interessen" als auch "die Interessen der Wirtschaft" sollten "ausgewogen Berücksichtigung finden", heißt es in der Vorlage.

Das Wort "Menschenrechte" taucht in dem 21-seitigen Dokument nicht auf, obwohl Kanzlerin Angela Merkel (CDU) öffentlich den "wertgeleiteten" Charakter der Außen- und Sicherheitspolitik betont.

Wir meinen: diese Politik ist ein ebenso großer Skandal wie die Waffengeschäfte die die Bundesregierung genehmigt und fördert mit dem hochverschuldeten Griechenland.

Wir erinnern uns: die griechische Regierung wurde von der EU insbesondere aber von der bundes-deutschen Regierung zu massiven Einsparmaßnahmen aufgefordert:

Gekürzt wurden Renten, Mindestlöhne, Arbeitslosenhilfe, Gehälter der öffentlich Bediensteten, medizinische und soziale Leistungen; Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst wurden gestrichen. Aber auf der Streichliste tauchte an keiner Stelle der Posten

"Militärausgaben" auf.

Dabei muss man wissen, dass kein anderes EU und Nato-Land im Vergleich zum BIP so viel für Rüstung ausgibt. Nach China und Indien ist Griechenland der drittgrößte Waffenimporteur weltweit.

Während der Verhandlungen über das jüngste Rettungspaket haben Frau Merkel und Herr Sarkozy immer wieder Druck auf die Regierung in Athen ausgeübt, an den bestehenden Waffengeschäften festzuhalten.

Interessant ist übrigens auch, dass ein weiteres Land, das in erheblichen Sparzwängen steckt, Portugal, nach Griechenland Deutschlands zweitgrößter Abnehmer von Rüstungsgütern ist.

Die Politik dieser Bundesregierung ist skandalös und an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Menschenrechte spielen nur aus taktischer Sicht eine Rolle, nicht aber, wenn es um satte Gewinne, um Macht und Einfluss geht.

Wir wissen uns einig mit der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung: wie eine repräsentative Emnid Umfrage im Oktober 2011 ergab, sind 78 % der Bevölkerung für ein Verbot des Verkaufs von Rüstungsgütern in andere Länder.

Vor wenigen Wochen war der 1. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima und in den letzten Tagen gab es heftige Diskussionen über die Möglichkeit der Nutzung von Atomwaffen; unsere Forderung lautet:

Das Atomzeitalter muss beendet werden!

Seit Hiroshima und Nagasaki, seit Tschernobyl und Fukushima wissen wir: Atomkraft ist nicht sicher, Atomkraft tötet täglich.

Beendet diesen Wahnsinn!

Claudia Wöhrmann-Adam (in Köln)

In den letzten Wochen und Monaten wurde bei uns heftig über Ethik und Moral in der Politik diskutiert.

Gustav Heinemann hatte feste Überzeugungen, denen er gegen alle politischen Widerstände treu blieb, wenn er zum Beispiel - bezogen auf einen möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen - davon sprach, dass man nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung hätte, wenn es dazu käme diese einzusetzen.

Im Gegensatz zum vorletzten Bundespräsidenten verzichtete er bei seiner ehrenvollen Verabschiedung aus dem Amt auf den großen Zapfenstreich.

Menschen wie er fehlen in der Politik; aber die Politik ist viel zu wichtig, als das man sie den Politikerinnen und Politikern überlassen sollte. Es bleibt erforderlich, dass wir auf die Straße gehen wie heute:

- Für Abrüstung und Frieden
- Für die Beendigung des Atomzeitalters
- Gegen Ausbeutung und Unterdrückung
- Für ein friedliches Miteinander aller Menschen

Claudia Wörmann-Adam ist im ver.di Bezirksvorstand Köln.

Die Dachdeckerinnung klagt über Nachwuchsmangel. Junge Leute wollen keine Dächer mehr decken sondern ziehen andere Berufe vor. Man berät was zu tun sei und kommt zu dem Schluss:

Es werden hundert Innungsmeister abgestellt, damit diese hauptberuflich in die Schulen gehen und für ihren Beruf werben. Man klinkt sich außerdem in die Ausbildung der angehenden LehrerInnen ein um diese daran zu gewöhnen den Dachdeckerberuf als attraktiv darzustellen. Und man finanziert Klassenausflüge, um die Jungs und Mädels spielerisch mit dem Dachdeckerwerkzeug vertraut zu machen.

Absurd? Außer dass in den höheren Jahrgängen Berufsberater einen Überblick über den gesamten Ausbildungsmarkt geben, wird in der Tat nicht für diesen einen Beruf des Dachdeckers geworben.

Aber: Für einen speziellen Beruf, der nach eigener Darstellung so ganz anders gar nicht sein will, gilt das nicht. Jährlich werden 23 Tausend neue Rekruten gebraucht. Dafür gehen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater in die Schulen, dafür steht ein jährlicher Werbeetat von 27 Mio. zur Verfügung, dreimal so viel wie 12 Jahre vorher. Dafür werden eigene Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Kriegsministerium (laut eigener Namensgebung "Verteidigungsministerium") und den Kultusministerien der Bundesländer geschlossen die es letztlich nicht einmal gebraucht hätte weil es diese Schulbesuche auch vorher schon gab. Aber bestärkt durch diese Vereinbarung und gestützt auf den satten Etat stiegen die Besuche auf die stattliche Zahl von jährlich 7350 Besuchen (2010). Das entspricht 20 Besuchen täglich, Sonn- und Feiertage eingeschlossen.

Was geschieht? Auch in NRW gibt es diese Koop-Vereinbarung, abgeschlossen unter schwarzgelb und fortgeführt unter rosagrün. Es hatte vor der Wahl 2010 Druck auf die

LandtagskandidatInnen gegeben, sich zu positionieren für die Auflösung dieser Koop-Vereinbarung. Dieser Druck war offensichtlich nicht stark genug, die Vereinbarung existiert weiterhin. Doch der Druck reichte wenigstens für ein wenig Bewegung: Die Beteiligung der Bundeswehr an der LehrerInnenausbildung wurde gekündigt, und es soll der Friedensbewegung künftig ein "gleichberechtigter" Zugang zu Schulen ermöglicht werden. Wie gleichberechtigt dieser Zugang sein kann bei einer Übermacht von 94 Vollzeit und etwa 300 nebenberuflichen Jugendoffizieren und einer Situation in der erst didaktisches Material erarbeitet werden muss, kann sich jedeR denken. Denn bislang gab es nur ganz vereinzelt auch Gegenbesuche aus der Friedensbewegung in den Schulen und die Aktivisten waren meistens frustriert. Gegen das Versprechen vermeintlich attraktiver Jobs präsentiert von schneidigen, die Jugendsprache halbwegs authentisch sprechenden Soldaten haben es Ehrenamtliche nicht geschulte Menschen schwer. Die Moralkeule "Du sollst nicht töten" und die gern verdrängten Beschreibungen von Kriegstraumata sind zwar berechtigte Argumente. Doch in Zeiten, wo jede neue Kriegsbeteiligung der Bundeswehr als wichtiger Beitrag zur Landesverteidigung gepriesen wird und wo traumatisierte Kriegsheimkehrer sich schamhaft verstecken, (man spricht von 10% aller aus den Einsätzen zurückkehrenden Soldaten) und wo getötete oder schwer verletzte Soldaten als Einzelfälle aber gleichzeitig als Helden gefeiert werden, da ist die Erziehung im Geiste von Frieden und Verständigung zwischen den Völkern nach UN-Kinderrechtskonvention Artikel 29 im Rahmen der Schulausbildung arg gefährdet.

Was kann jedeR einzelne tun?

1. Um die auch in NRW abgeschlossene Kooperation aufzukündigen muss der Druck auf die jeweiligen Landespolitiker erhöht werden. Fragen an die KandidatInnen im Wahlkampf sind dazu geeignet. Nachfragen

Felix Oekentorp (in Köln)

nach den Aktivitäten zum Aufkündigen der Koop-Vereinbarung bestärken diesen Druck.

2. Besuche von Jugendoffizieren sollen nach Möglichkeit an jeder Schule verhindert werden. Sobald ein solcher Besuch angekündigt wird, sofort öffentlichen Gegendruck erzeugen. Nichts ist den Soldatenwerbern unangenehmer als öffentliche Proteste, oftmals verzichtet die Bundeswehr schon, wenn sie öffentlichen Druck fürchten muss.

3. Vorsorglich Befreiung für den eigenen Nachwuchs von solchen Veranstaltungen beantragen und solches auch in den Elternabenden für die MitschülerInnen vorschlagen. Diese Befreiung gerne auch mit Bezug auf Gewissensgründe und gewaltfreie Erziehung hat durchaus Aussicht auf Erfolg.

4. Im Notfall, wenn gar nichts anderes mehr möglich ist, auf die Einladung eines Vertreters der Friedensbewegung drängen, Kontakt beispielsweise über die DFG-VK.NRW

Darum bitte ich Euch, und ich danke für die Aufmerksamkeit

Felix Oekentorp ist Sprecher der DFG-VK NRW.

Gine Willrich (in Köln)

Eines der ganz großen aktuellen Themen ist wieder mal die atomare Bedrohung - die Gefahr, die von Atomkraftwerken ausgeht zum einen und die Gefahr eines Atomwaffenkonflikts zwischen den Großmächten zum anderen.

Vor gut einem Jahr fand in Fukushima die größte AKW-Katastrophe aller Zeiten statt. Viele Aktivisten der Anti-AKW-Bewegung sind jetzt über Ostern unterwegs bei verschiedenen Aktionen. Wir grüßen von hier aus alle Atomkraftgegner/innen und bekräftigen unsere ganz klare Forderung: AKWs abschalten, überall und sofort!

In Europa befinden sich noch immer rund 180 "taktische" Atombomben, die die USA der NATO zur Verfügung stellen, darunter ca. 20 in Deutschland.

Im März 2010 fasste der Deutsche Bundestages (26.03.) einen Beschluss zur Abschaffung der Atomwaffen weltweit und zum Abzug der US-Atomraketen aus der Bundesrepublik, OB Roters sprach in seinem Grußwort an uns bereits davon. Die Bundesregierung wurde unter anderem damit beauftragt, ich zitiere: "sich gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen."

Kurz nach diesem Beschluss fand 2010 die Friedensfahrt statt, und schon da haben wir die Frage gestellt, wie und wann die in Deutschland lagernden US-Atomwaffen denn dann abgeschafft werden?

Die Bundesregierung beantwortete diese Frage folgendermaßen zum aktuellen "An dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel, sich im Bündnis und gegenüber den amerikanischen Verbündeten für den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen einzusetzen, hält die Bundesregierung fest." Und weiter: Sie "hält die Forderung nach einem sofortigen Beginn von Verhandlungen über eine (weltweite, G.W.)

Nuklearwaffenkonvention zum gegenwärtigen Zeitpunkt (...) für nicht realistisch. Die Voraussetzungen für die Aufnahme derartiger Verhandlungen werden nach Auffassung der Bundesregierung auf absehbare Zeit nicht erfüllt sein."

(Zitate aus der Antwort der Regierung auf eine Große Anfrage der SPD im Bundestag im September 2011)

Man muss nicht Anhängerin von Verschwörungstheorien sein, um in diesem Zusammenhang mal eben um die Ecke zu schauen nach dem seit Jahren schwelenden Konflikt in Sachen iranischer Atomwaffen.

Die Internationalen Atomenergiebehörde hat bis heute definitiv keine Belege für ein aktuelles iranisches Atomwaffenprogramm gefunden. Und deswegen hört man auch in den Nachrichten über angebliche iranische atomare Bedrohung ständig Worte wie möglicherweise, vermutlich, mutmaßlich, unter Umständen und vielleicht. Gleich das nicht ziemlich deutlich der Propaganda, die zur Rechtfertigung des Krieges gegen den Irak aus dem Hut gezaubert wurde? Die ganze Kampagne gegen den Irak wegen angeblichen Chemiewaffenbesitzes war doch erwiesenermaßen eine von den westlichen Geheimdiensten inszenierte Schau, die Tausende das Leben gekostet hat und noch immer kostet.

Und worum geht es dann hier? Wie in Afghanistan geht es um gravierende strategische Interessen und wie im Irak geht es um Öl. Es geht also um Macht, um Rohstoffe und um jede Menge Geld, denn an jedem Krieg wird ja immer kräftig verdient.

Auch die Kriegssituation in Syrien gehört zu diesem Szenario. Syrien bildet - wie auch der Iran - eine Lücke auf der weltpolitischen Landkarte der Nato und der Wirtschaftsimperien. Wenn der Iran und Syrien dem Einfluss der Nato angeschlossen werden

Gine Willrich (in Köln)

können und zugänglich gemacht werden für westliche Wirtschaftsinteressen, wäre der gesamte Nahe und Mittlere Osten im Großen und Ganzen unter Kontrolle gebracht. Dass die Krisen dort weiterbrodeln, ist auch zum Teil gewollt: denn ohne Krise keine Waffenverkäufe.

Die eindeutige Position der Friedensbewegung zur Lage in Syrien heißt: Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines Landes ist ausschließlich Angelegenheit seiner Bevölkerung. Sich mit der Bevölkerung zu solidarisieren heißt vor allem, die Gewaltspirale zu beenden und sich jeglicher Intervention von außen zu widersetzen. Äußere Einmischung widerspricht dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstbestimmung und der Souveränität der Staaten.

Wenn man dies alles zusammen betrachtet, wird einem klar, wie brisant die Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten tatsächlich ist. Wer da zündelt, entfacht einen Flächenbrand, der kaum noch zu beherrschen sein wird. Da können auch die europäischen Nato-Mitglieder in einen Krieg eingebunden werden, der sich schnell zu einer Konfrontation zwischen den Atommächten Russland, Indien, Pakistan, Israel und USA entwickeln kann.

Wir bitten Euch, Euch an der Kampagne atomwaffenfrei-jetzt! zu beteiligen. Die Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt" wurde am zweiten Jahrestag des Antiatomwaffenbeschlusses der Bundesregierung gestartet und wird unterstützt von Organisationen, die alle im Allgemeinen oder Besonderen auch mit unserer Friedensfahrt verbunden sind: von Pax Christi, vom DGB und einigen Einzelgewerkschaft wie ver.di, der DFG/VK, der IPPNW (Alex Rosen von den Kölner IPPNW sprach 2010 hier zu uns), von atomwaffenfrei.de und von den Internationalen Bürgermeistern für den Frieden, den Mayors of Peace, zu denen eben

auch die Stadt Köln bereits seit 1985 gehört.

Zum Abschluss ein Wort zu den aktuellen Spritpreisen: Wenn das so weiter geht, wird in Köln im nächsten Jahr ein Friedensmarsch stattfinden, keine Friedensfahrt, weil sich niemand mehr die Tankfüllung leisten kann... Trotzdem erteilen wir allen eine klare Absage, die für Rohstoffe andere Länder überfallen:

Kein Blut für Öl!

Ich danke Euch.

Friedensbewegte Fragen an die Parteien zur Wahl

Für friedensbewegte Menschen sind die Landtagswahlen Anlass für Fragen an die Parteien:

Die Landesverfassung, formuliert das Ziel aller Politik im Land: "...erfüllt von dem Willen, die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, ..." Wie setzen die Parteien dieses Friedensgebot in Politik um?

Im Einzelnen:

1.NRW ist mit dafür verantwortlich, dass ein Drittel des Weltrüstungshandels mit deutschen Waffen bestritten wird. Das destabilisiert die internationalen Beziehungen und heizt Kriege und Gefahren mit allen katastrophalen Folgen an. Nur schon die ca. 200 Panzer von Rheinmetall für Saudi Arabien und die 21 U-Boote von Thyssen-Krupp, die Griechenland, die Türkei sowie Südkorea bestellt haben sowie die Lieferung von U-Booten an die Atomwaffen besitzenden Staaten Israel und Pakistan stehen im Widerspruch zur Landesverfassung und zum Völkerrecht. Rheinmetall spendet lt. IPPNW große Summen an die großen Parteien

Frage 1 lautet deshalb: Werden Sie eine derartige Finanzierung Ihrer Partei unterbinden? Welche Aussagen Ihres Programms stützen das Friedensgebot in Ihrer Politik?

2.Längst hat sich die künstliche Trennung in friedliche und militärische Nutzung der Atomkraft als Augenwischerei erwiesen. Die Uranfabrik in Gronau ist ein Element des Nuklearkreislaufes. Atommülltransporte gefährden dichtest besiedelte Gebiete.

Daraus folgt Frage 2: Werden Sie sich im Sinne eines konsequenten Atomausstiegs für

einen Stopp der Anreicherung von Brennelementen und der Castor-Transporte durch NRW einsetzen? Welche Aussagen Ihres Programms stützen das Friedensgebot Ihrer Politik?

3.Am 17.11.2010 schrieb n-tv: "Norbert Röttgen und der sächsische Umweltminister F. Kupfer wollen den Atommüll aus DDR-Zeiten gern nach Russland verfrachten." (er befindet sich seit 2005 in Ahaus, NRW) n-tv weiter: "Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte am 23.09. die am 21.07.2010 von der Nuclear Cargo+Service beantragte Beförderung der Castor-Behälter auf deutschem Territorium genehmigt." Das Vorhaben ist zu Recht umstritten!

Frage 3: Setzt sich Ihre Partei für einen Stopp des Exports von atomarem Material aus NRW z.B. nach Russland ein?

4.Wiederholt kommt es zu Auseinandersetzungen, weil das radioaktive Supergift und A-Waffen-fähige Plutonium über NRW's Straßen rollt (etwa laut dem Bundesverband Bürger-initiativen Umweltschutz 2009, im März 2012 konnte es verhindert werden).

Frage 4 ist entsprechend: Setzt sich Ihre Partei für einen Stopp aller auf Plutonium gerichteten Aktivitäten im Bundesland ein?

5. + 6.Die Bundeswehr wirbt in den Medien, Arbeitsämtern und in Schulen für das Sterben und Töten mit flotten Sprüchen wie "Wir. Dienen. Deutschland." und mit finanziellen Anreizen („Zuschlag für Auslandsverwendungen“...). Fotos attraktiv lachender weiblicher und männlicher Soldaten überspielen Gefahren, die durch traumatisierende Kriegereignisse drohen, die viele Überlebenden, zeitlebens teils extrem stark gesundheitlich belasten.

Frage 5 ist entsprechend: Setzt sich Ihre Partei für eine ersatzlose Streichung der

Bernhard Trautvetter (in Essen)

Kooperationsvereinbarung des
Schulministeriums mit der Bundeswehr ein,

und - Frage 6 - dafür, dass die Meldebehörden
nicht mehr der Bundeswehr die Daten
Jugendlicher für die Werbung von Nachwuchs
zu Verfügung stellen?

7. Neonazis ringen verstärkt um Einfluss in
Schulen und in der Bundeswehr. Sie nutzen
die Verunsicherung und Existenzangst junger
Menschen infolge der Krise auf dem
Arbeitsmarkt.

Frage 7: Tritt Ihre Partei in aller Konsequenz
Rassismus, Fremdenfeindlichkeit,
Ausgrenzung, konfrontativem und Konkurrenz-
Denken in Schule und Gesellschaft entgegen -
nicht zuletzt um Gewalt, Rassismus,
Rechtsextremismus und Militarismus die
Grundlage zu entziehen Wenn ja - wie? (mit
welchen Schritten?)

Bernhard Trautvetter ist aktiv im Essener
Friedensforum

Die WAZ berichtet in diesen Tagen über eine Studie aus den USA, bei der Forscher wieder einmal über die Überlebbarkeit eines Atomkrieges schwadroniert haben. Damit wird eine gefährliche Tendenz sichtbar, dass der Einsatz von Atomwaffen in den Planspielen der Militärs wieder eine stärkere Rolle spielt.

20.000 Atomwaffen existieren weltweit, davon sind 97% in den Händen Russlands und der USA. Die Sprengkraft dieser Waffen wird auf mindestens 7500 Megatonnen TNT-Sprengstoff angegeben, andere Berechnungen gehen sogar von 20.000 Megatonnen aus. Dies bedeutet, dass auf einen Menschen eine Tonne TNT entfallen. Wir haben also nach wie vor die Situation, dass ein Bruchteil der vorhandenen Atomwaffen ausreichen würde, um die Menschheit komplett auszulöschen. Daran ändert auch der neue Start-Vertrag nichts wesentliches, der 2010 von den USA und Russland unterzeichnet wurde. Hier wurden nur die zurzeit einsatzbereiten Atomsprengköpfe berücksichtigt. Dabei handelt es sich nur um 25% des gesamten Bestandes und nur diese sollen gerade mal um ein Viertel verringert werden.

In Europa wird ein Raketenabwehrschirm aufgebaut, die Kommandozentrale soll nach Ramstein in Rheinland-Pfalz kommen. Russland reagiert auf diese Vorhaben mit der Ankündigung neuer Atomwaffen. Dieser Schirm wird keinen Schutz bieten, er führt zu neuer Aufrüstung und damit zu mehr Kriegsgefahr. Wir sagen nein zu diesem Vorhaben.

Die Zustimmung zum Start-Vertrag hat sich der US-Senat mit der Genehmigung zur Modernisierung von anderen Atomwaffen abkaufen lassen. Das betrifft ganz konkret uns in Deutschland. Modernisiert werden sollen auch die in Büchel stationierten B-61 Atombomben. Diese Modernisierung würde dazu führen, dass eigentlich ganz neue Atombomben wieder nach Büchel zurückkämen, die variabel nutzbar seien

sollen. Dass wiederum heißt, dass diese Atombomben auch mit kleinerer Sprengwirkung eingesetzt werden können. Und hier sagen Kritiker zu recht, dass das in den Augen der Militärs die Schwelle der Einsetzbarkeit senkt. Eine "kleine" Atombombe würde auch in einem kleineren Konflikt schnelle zur Anwendung kommen als eine große mit dramatischeren Auswirkungen. Diese Modernisierung erhöht also die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen. Dazu sagen wir: Hört auf mit dem Mist. Wir brauchen keine flexiblen Atomwaffen, wir brauchen gar keine Atomwaffen. Zieht die Bomben aus Büchel, aus Kleine Brogel in Belgien und aus Volkel in den Niederlanden ab und verschrottet sie. Wir wollen sie nicht!

Die Friedensbewegung hat in diesen Wochen die Kampagne atomwaffenfrei jetzt gestartet. Diese Kampagne will bis zu den Bundestagswahlen Druck auf die Regierung und die Parteien machen, den Bundestagsbeschluss zum Abzug der Bomben aus Büchel endlich umzusetzen und sich nicht hinter der NATO zu verstecken. Außerdem setzt sich die Kampagne dafür ein, dass Deutschland eine Nuklearwaffenkonvention zum Verbot aller Atomwaffen unterstützt, wie sie bereits von 142 Staaten der Welt gefordert wird.

Die Bundesregierung hat sich zum Ausstieg aus der Atomenergie bekannt, die Termine für die Abschaltung der Kraftwerke stehen. Doch davon völlig unbeeindruckt wird im westfälischen Gronau Uran angereichert für den Betrieb von bis zu 35 Atomkraftwerken in aller Welt. Doch nicht nur für den Betrieb gefährlicher Atomkraftwerke dient das Uran aus Gronau. Bei der Anreicherung entsteht abgereichertes Uran als Abfall. Zigtausende Tonnen davon sind bisher in andere Länder exportiert worden, da es hier keine Endlagermöglichkeiten gibt. Doch auch in Russland und andern Ländern gibt es keine Lagermöglichkeiten für den strahlenden Müll.

Aber eine Verwendungsmöglichkeit hat man gefunden. Mit abgereichertem Uran wird Uranmunition hergestellt. Munition, die beim Aufprall und der Explosion Nanopartikel aus strahlendem Staub freisetzt, der sich über die Landschaft legt und sie kontaminiert. Menschen atmen den Staub ein, der bis in die Körperzellen eindringt und Krebs und Genveränderungen hervorruft. Menschen sterben, missgestaltete Kinder werden geboren. Diese Munition ist von den USA und Großbritannien im Jugoslawienkrieg, im Irakkrieg und wahrscheinlich auch in Afghanistan und in Libyen eingesetzt worden. Die Militärs leugnen die gesundheitsschädliche Langzeitwirkung der Uranmunition. Doch Italien hat 2009 den Zusammenhang bei bestimmten Erkrankungen anerkannt und Entschädigung gezahlt - an seine Soldaten die in Kriegseinsätzen von dem strahlenden Staub erfasst wurden. Wo genau das Uran aus Gronau verwendet wird, ist nicht im Einzelnen bekannt. Doch Exporte gingen an Frankreich, an Großbritannien, an Schweden und Russland. Alle genannten Länder besitzen Uranmunition.

Das muss ein Ende haben! Am Jahrestag der Katastrophe von Fukushima haben 4000 Menschen in Gronau gegen die Urananreicherungsanlage von Urenco protestiert und von der NRW-Landesregierung die Aufhebung der Betriebserlaubnis für die Anlage gefordert. Die Atomkraftgegner verweisen auf die zahlreichen Störfälle, darauf, dass das Uran unter freiem Himmel gelagert wird und Wind und Wetter ausgesetzt sei sowie auf den fehlenden Schutz gegen Flugzeugabstürze. All das reiche aus, um die Betriebsgenehmigung zu entziehen. Also, lasst uns im Wahlkampf die Kandidaten der Parteien fragen: werdet Ihr Euch im neuen Landtag für eine Schließung von Urenco in Gronau einsetzen und so ein Zeichen setzen gegen den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken und gegen die Produktion von Uranmunition?

Wir werden in den nächsten Monaten für diese

Ziele hier in NRW aktiv werden. Wenige Tage vor der NATO-Tagung in Chicago, bei der auch über die neue Atomwaffenstrategie beraten wird, veranstalten wir hier in Essen die Tagung Friedenskultur.2012- Unsere Zukunft atomwaffenfrei. Am 12. Mai diskutieren hier in der VHS Politiker, Friedensforscher und Experten der Friedensbewegung über die Entwicklungen im Bereich der atomaren Bedrohung, über die Situation im Nahen Osten, über die Auswirkungen des Afghanistankrieges auf den schwelenden Konflikt zwischen den Atomstaaten Indien und Pakistan. Und wir wollen Perspektiven der Anti-Atomwaffenbewegung vorstellen. Vor zwei Jahren war Friedenskultur2010 eine tolle Sache und auch in diesem Jahr wird es wieder eine spannende Veranstaltung werden. Flyer dazu gibt es hier beim Stand es EFF, Infos auch unter <http://www.friedenskultur2012.de>

Und weil hier ja heute so viele friedensbewegte Radfahrer versammelt sind noch der Hinweis auf die internationale Fahrradaktion der Kampagne atomwaffenfrei jetzt. Ab dem Freitag vor Pfingsten verbindet eine Fahrraddemo die drei Atomwaffenstandorte in unserer Nachbarschaft, radeln Friedensaktivisten von Büchel nach Volkel, Kleine Brogel und dann zum NATO-Hauptquartier in Brüssel. Ab Pfingstmontag führt die Tour durch den Westen von NRW und es werden noch Radler gesucht, die mal einen Tag oder auch mehr mitfahren. Flyer dazu gibt es auch hier auf dem Platz, Infos bei der DFG-VK NRW.

Fukushima ist ein Jahr vorbei, die Folgen aber immer noch nicht wirklich absehbar. Die Folgen der Atomwaffen kennen wir, haben sie in Hiroshima und Nagasaki sehen können. Fukushima hat zumindest in Deutschland zu einem Umdenken geführt. Wir können uns kein zweites Hiroshima leisten, damit Politiker auf die Warnungen der Experten und der Friedensbewegung hören. Bei den Atomkraftwerken mussten in Fukushima Menschen lebensbedrohend verstrahlt und

Joachim Schramm (in Essen)

ganze Landstriche unbewohnbar werden, bevor ein Umdenken stattgefunden hat. Bei den Atomwaffen wäre ein solches abschreckendes Beispiel fatal. Auch die Atomwaffen gehören abgeschafft und zwar nicht in ferner Zukunft sondern jetzt! Fangen wir damit bei uns an, schaffen wir die Atombomben in Büchel ab, zeigen wir, dass wir ein souveräner Staat sind, worauf unsere Regierung doch sonst so viel Wert legt! Lasst uns mit unseren belgischen und niederländischen Freunden gemeinsam dafür sorgen, dass auch gegen die Atomwaffen in unserer Nachbarschaft wieder mehr Menschen aktiv werden, diese Bedrohung für uns und unsere Kinder nicht weiter hingenommen wird.

Beeindruckt hat mich im letzten Jahr die Worte des Japaners Hideto Sotobayashi, heute 82, erlebte als 16-Jähriger den Atombombenabwurf auf Hiroshima. Er sagte nach dem Tsunami und der Fukushima Katastrophe folgendes:

"Eine zehn Meter hohe Welle, das ist Schicksal. Man muss sich damit abfinden und alles wieder aufbauen. Aber Hiroshima und Fukushima sind keine Naturkatastrophen. Daran ist der Mensch schuld."

Lasst uns in diesem Sinne gemeinsam die von Menschenhand in die Welt gesetzten Bedrohungen aus der Welt schaffen. Sicherheit gibt es nur ohne AKWs und ohne Atomwaffen. Schluss mit Uranabbau, Uranmunition, Atombomben und Atomkraftwerken!

Joachim Schramm ist Geschäftsführer der DFG-VK NRW.

Robert Sadowsky (in Gelsenkirchen)

Nie wieder Faschismus - Nein zum Krieg!

Rede am Mahnmal für die Opfer von Krieg und Faschismus Gelsenkirchen, Stadtgarten, Am 08. April 2012

Liebe Friedens- Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen!

Ich begrüße Euch zur Ostermarsch-Kundgebung in Gelsenkirchen. Hier vor dem Mahnmal für die Opfer von Krieg und Faschismus. Im Jahr 1951 wurde es auf Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes mit Unterstützung unserer Stadt errichtet. Es erinnert an die vielen tausend Menschen aus Gelsenkirchen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft umkamen und ermordet wurden. Jüdische Bürgerinnen und Bürger, Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Behinderte, Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten. Es erinnert auch an die 3.500 Kriegsgefangenen, die als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Sie starben an Entkräftung und Unterernährung oder wurden Opfer der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und von Folter und Mord. In Gelsenkirchen-Horst bestand ein Außenlager des KZ Buchenwald.

Der berühmte „Schwur von Buchenwald“, den die Überlebenden des KZs leisteten, fassen wir gut mit den Worten „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ zusammen. Unser Motto muss heute leider anders lauten: „Nie wieder Faschismus – Nein zum Krieg!“

In immer mehr Regionen unserer Erde sind deutsche Soldaten im bewaffneten Einsatz. Weltweit ist die Bundeswehr bei acht „Missionen“ mit von der Partie.

In Afghanistan ist die deutsche Bundeswehr im Krieg! Von der Bombardierung im Kosovo bis zur Bombardierung zweier Tanklaster bei Kunduz ist unser Land wieder dort

angekommen, wo die Nazis einst endeten - im Krieg gegen andere Länder.

Dieser Krieg räumt auf mit dem Märchen, der Einsatz ausländischer Militärs in Afghanistan könnte humanitären Zwecken dienen. Er führt zu immer mehr militärischen, vor allem aber auch zivilen Opfern. Die Veröffentlichungen des Internet-Portals WikiLeaks machen deutlich: Dieser Krieg wird genauso schmutzig geführt wie alle Kriege vor ihm. Sie dokumentieren die brutale Normalität dieses Krieges.

Dass die jüngsten widerlichen Angriffe auf die Würde und Religion afghanischer Menschen von US-amerikanischen und nicht von deutschen Soldaten verübt wurden, macht die Beteiligung der Bundeswehr nicht gerechter.

Auch wenn – so weit wir das wissen – die Verrohung der Bundeswehrsoldaten noch nicht so weit gekommen ist, wie bei ihrem US-Kameraden Robert Bales, der 17 friedliche Menschen – vor allem Frauen und Kinder - in ihren Häusern umbrachte.

Bei diesem Soldaten wird in der Presse hauptsächlich die Frage gestellt, wie es denn sein konnte, dass er unbeobachtet das Lager verließ? Werden die deutschen Soldaten nur besser bewacht?

Im Krieg verlieren Soldaten ihr menschliches Antlitz, viele werden zu Tötungsmaschinen, die man wegsperren und bewachen muss! Es gibt keine strahlenden Sieger – nur erbarmungswürdige Opfer!

Bei der vom deutschen Bundeswehroberst Klein veranlassten Bombardierung der Tanklastzüge in Kunduz am 4. September 2009 sind vor allem Zivilisten ums Leben gekommen. Das war kein bedauernswerter Unfall. Zivile Opfer gehören zur „Logik“ jeden Krieges. Und es sind vor allem die zivilen Opfer, die dem Krieg in Afghanistan immer wieder neue Nahrung geben.

Robert Sadowsky (in Gelsenkirchen)

Die wachsende Zahl ziviler Opfer und die nach wie vor katastrophale soziale Situation haben die anfänglich bei großen Teilen der afghanischen Bevölkerung noch vorhandene Akzeptanz des US-Einmarsches ins Gegenteil verkehrt. Sie treiben die Menschen in die Arme der Taliban.

Der Krieg muss beendet werden. Die fremden Truppen müssen raus aus Afghanistan. Sofort - und nicht nur nach und nach! Nein! Dieser Krieg muss sofort beendet werden, die Waffen müssen schweigen, sonst hat der Frieden überhaupt keine Chance.

Der Frieden hat aber auch dann keine Chance, wenn ein Abzug nach dem Motto erfolgt: Nach uns die Sintflut! Es braucht eine Politik, die die Logik des Krieges durchbricht.

Die Bemühungen der internationalen Politik müssen auf Verhandlungen all derer gerichtet werden, die an dem Krieg beteiligt sind. Sie müssen darauf gerichtet sein, wirkliche Aufbauhilfe für das Land und die Menschen zu leisten.

Würde die eine Milliarde Dollar, die jetzt täglich für den Militäreinsatz in Afghanistan ausgegeben wird, für zivile Hilfe und Entwicklung eingesetzt, dann würde dem Frieden wirklich gedient. Rechnerisch könnte man jedem der 15 Millionen Afghanen täglich 70.000 Dollar geben. Eine unglaubliche Summe.

Was wir brauchen ist eine Konversion vom Militärischen zum Zivilen. Nicht nur in Afghanistan, sondern weltweit. Über 1,5 Billionen Dollar geben die Regierungen dieser Welt jährlich für Rüstung aus. Die Rüstungsindustrie hat keine Wirtschaftskrise gekannt.

Die USA liegen mit 661 Milliarden Dollar an der Spitze. Deutschland ist mit 45,6 Milliarden

Dollar bei den Rüstungsausgaben an siebter Stelle.

Die deutsche Rüstungsindustrie plant das Wachstum. So hat Stefan Zoller, Chef der Rüstungssparte des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS sagt: „Von den europäischen Militärs allein kann EADS nicht mehr leben, deshalb müsse man dahin gehen, wo das Geld verteilt wird.“

Deshalb verkauft EADS jetzt Eurofighter in alle Welt. Nur so ist zu erklären, dass Deutschland aktuell bei den Rüstungsexporten auf Platz drei hinter den USA und Russland liegt. Der deutsche Weltmarktanteil ist in den letzten fünf Jahren von sechs auf elf Prozent gestiegen, also fast um das Doppelte.

Wichtigste Abnehmerländer sind die Türkei, an die 14 Prozent der Ausfuhren gingen, gefolgt von Griechenland mit 13 und Südafrika mit 12 Prozent. Neben U-Booten führen gepanzerte Fahrzeuge die Liste der exportierten Waffen an.

Aber auch Länder wie Indien, Israel, Nigeria, Pakistan oder Thailand erhalten Waffen aus Deutschland - alles Staaten, die in interne oder grenzüberschreitende Konflikte verwickelt sind. Längst werden die ursprünglich strengen Rüstungsexportrichtlinien unterlaufen.

Die Schwarz-Gelbe Koalition hat sich darauf geeinigt, Rüstungsexporte „künftig weniger restriktiv zu handhaben“ - ausdrücklich mit dem Argument, Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Staaten abzubauen und Arbeitsplätze zu sichern.

Natürlich habe ich nichts dagegen, wenn Arbeitsplätze gesichert werden. Aber ich habe was dagegen, wenn das Arbeitsplatz-Argument dazu missbraucht wird, Rüstung und Rüstungsgeschäfte zu rechtfertigen!

Ich weiß: Beschäftigte in den

Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsaufträge. Weil sie Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Ich wäre ein schlechter Gewerkschafter, wenn mich das kalt ließe.

Aber wir wollen nicht irgendeine Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen „Gute Arbeit“.

Zu guter Arbeit gehört aber nicht nur gute Bezahlung, menschliche Arbeitszeit, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und gesund erhaltende Arbeitsbedingungen, - nein, das reicht nicht!

Die Herstellung von Mordinstrumenten kann keine „gute Arbeit“ sein! Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Wir können und wollen nicht darüber hinwegsehen, dass es unkontrollierten Rüstungstransfer und Waffenschieberei in Krisengebiete gibt. Täglich fordern Waffenlieferungen ihre Opfer: In Kriegen, auf der Straße, in Polizeirevieren. Wo es viel Waffen und Munition gibt, werden Konflikte und Bürgerkriege angeheizt. Bewaffnete Banden terrorisieren die Bevölkerung. Menschen werden verstümmelt, weil sie auf Minen treten. Rüstung tötet, - auch im Frieden.

Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang. Statt die dunklen Kanäle zu verstopfen, aus denen Terroristen Waffen beziehen, wird ihr Terror wiederum mit Waffen bekämpft.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Dafür müssen Länder wie Deutschland aus ihm ausscheren. Mindestanforderung ist, dass die deutschen Rüstungsexportgesetze endlich eine verbindliche Menschenrechtsklausel erhalten. Und dass das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte

einbezogen wird.

In vielen Staaten fehlt aufgrund hoher Ausgaben für Rüstungsimporte das Geld für so existenziell wichtige Güter wie Nahrung, Wohnung oder Bildung. Menschen verhungern, frieren, können nicht zur Schule gehen, weil Regierungen Waffen kaufen. Beispiel: Ausgerechnet Griechenland! Seit 1974 sind Waffen für 120 Mrd. € aus Deutschland nach Griechenland verkauft worden. Kein Land hat – gemessen an der Bevölkerungszahl - einen so hohen Rüstungsetat, wie Griechenland. Begründet wird das mit der angeblichen Bedrohung aus der Türkei. Wer glaubt denn so was?

Die Nato und die Rüstungsindustrie! Die Rüstungsindustrie entwickelt nachweislich für die Nato-Staaten die Bedrohungsszenarien kräftig mit. Nach denen richten sich dann die Rüstungskäufe. Und die NATO? Ein Verteidigungsbündnis? Dieser Mythos lässt sich schon lange nicht mehr aufrecht erhalten! Die Wahrnehmung ökonomischer Interessen der NATO-Mitgliedsstaaten wird seit 1999 ganz offen als Aufgabe der NATO benannt.

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde!

Ich frage: Wer glaubt denn noch daran, dass wie die NATO benötigen, um den Frieden zu bewahren? Da glaube ich, passend zum Ostersonntag, doch lieber an den Osterhasen.

Nein, diese NATO brauchen wir nicht! Ich sage: Nein zur NATO!

Die Entwicklung der Rüstungsexporte, die vielen bewaffneten Konflikte und Kriege rund um den Erdball zeigen: Aus der nach der Wende Anfang der 90-er Jahre erhofften Begrenzung der Rüstungsausgaben ist nichts geworden.

Es sind keine Mittel frei geworden, um Hunger und Armut, um Umweltschäden und Klimakrise

wirksamer zu bekämpfen. Dabei würde ein Bruchteil der 1,5 Billionen Dollar, die aktuell für Rüstung ausgegeben werden, ausreichen, die wichtigsten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen: die Halbierung der Armut, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser, mit Gesundheitsdiensten und mit Bildung.

Neoliberalismus, Deregulierung, Sozialabbau und Privatisierung tragen dazu bei, dass Demütigung und Ausbeutung über den ganzen Globus hinweg vorangetrieben werden. Weltweit findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt. Die große Finanz- und Wirtschaftskrise hat genau in jenen Ländern die Menschen noch ärmer gemacht, die sowieso schon arm waren.

Eine Politik der Abrüstung und Konfliktprävention, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität, muss, statt in militärische Aufrüstung, in sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben investieren.

Nur so kommen wir dem Frieden näher. Denn nur wer nicht hungert, wer nicht friert, wer gut ausgebildet ist und durch Arbeit seine Existenz sichern kann, ist gegen Ausbeutung, Extremismus und Fanatismus gefeit. Soziale Gerechtigkeit ist die beste Waffe im Kampf gegen eine der wesentlichen Ursachen für Terror und Krieg.

Leider bekommt auch der Nahostkonflikt immer neue Nahrung durch soziales Unrecht. Eine Besatzung und Abriegelung des Gazastreifens sorgt nicht nur für einen Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen lebensnotwendigen Gütern. Ohne es zu wollen, leitet diese Politik der israelischen Rechten auch Wasser auf die Mühlen islamistischer Fanatiker und trägt dazu bei, dass Hass und Gewaltbereitschaft unter den Palästinensern zumindest aufrecht erhalten bleiben. Und wenn dann dieser Hass in Gewalt

umschlägt, hat es bei Israelis die gleiche Wirkung. Die Spirale aus Hass und Gewalt dreht sich nach oben.

Wir Deutschen müssen - wegen der furchtbaren Verbrechen an Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus - besonders nachdenklich sein, bevor wir zur Politik Israels Stellung nehmen. Deswegen darf es für uns keine blinde Parteinahme für die jeweilige Entscheidung einer israelischen Regierung geben. Auch die israelischen Bürgerinnen und Bürger diskutieren diese Fragen sehr kontrovers. Eine unüberlegte Parteinahme kann nicht zu einer Lösung des Konflikts beitragen.

Im Gegenteil. Unsere Verantwortung schließt die Garantie des Existenzrechts Israels und das Bemühen um einen palästinensischen Staat ein. Und, dass wir Terroranschläge ebenso verurteilen wie Krieg, Besatzung oder Verstöße gegen das internationale Völker- und Menschenrecht.

In den letzten Tagen, liebe Friedensfreundinnen und -freunde, gibt es eine vom Schriftsteller Günter Grass ausgelöste Diskussion über die Kriegsgefahr zwischen Israel und dem Iran. Ein solcher Krieg würde schreckliche Folgen haben. Er muss verhindert werden. Natürlich, wäre ich ein Bürger des Staates Israel, würde auch ich mich bedroht fühlen von den Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad.

Dieser Präsident eines undemokratischen Regimes, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, stellt den Millionenfachen Mord an den Juden durch die Nazis als „unbewiesen“ in Zweifel – und er fordert auch noch, den Staat Israel abzuschaffen. Mit seiner Leugnung des Holocaust steht Ahmadinedschad an der Seite der Neonazis und Rechtsextremisten.

Wie sollte man sich da als israelischer Bürger nicht bedroht fühlen? Vielleicht hätte Günter Grass in seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“ auch diesen Teil der Wahrheit stärker betonen sollen, statt Ahmadinedschad nur als „Maulhelden“ abzutun, der das iranische Volk unterjocht.

Besteht die Bedrohung Israels auch darin, dass die iranische Regierung heimlich den Bau einer Atombombe vorbereitet? Ich weiß das nicht. Der CIA sagt: „Nein.“ Die israelische Regierung sagt: „Ja.“ Da kann man nun glauben, wem man will: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst!

Denkt mal an die angeblichen Massenvernichtungswaffen, die man im Irak schließlich vergeblich gesucht hat.

Was aber ist die richtige Antwort auf die Bedrohung Israels? Hier macht Günter Grass einen, wie ich finde, wirklich guten Vorschlag:

„Darauf bestehen, dass eine unbehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz von den Regierungen beider Länder zugelassen wird.“

Mit militärischen Mitteln gibt es keine Lösung dieses Konflikts, sondern nur weitere Verschärfung. Die internationale Politik muss Wege ebnen für ernsthafte und aufrichtige Verhandlungen zwischen allen Beteiligten.

Krieg ist keine Lösung. Krieg bringt nur Tod, Elend, Verzweiflung und noch mehr Hass.

Und ich bin mir sicher: Mit diesen Gedanken stimme ich überein mit einem großen Teil der israelischen, palästinensischen und iranischen Bürgerinnen und Bürger.

In viele Länder des islamischen Gürtels und Afrikas herrschen Bürgerkriege und toben

gewaltsame Auseinandersetzungen. Auch hier mischt der Westen kräftig mit. Es gibt nahezu kein Land in dieser riesigen Region, in dem Frieden, Demokratie und halbwegs sozial gerechte Zustände herrschen.

Die Fronten in den Bürgerkriegen sind nicht immer eindeutig. Geht es um Freiheit und Demokratie - oder geht es nur um die Ablösung eines Despoten durch einen anderen? Wir unterstützen ausdrücklich das Begehren der Menschen nach Freiheit, Demokratie und gerechter Verteilung des Reichtums dieser Länder.

Wir lehnen alle militärischen Interventionen ohne UN-Mandat als Mittel der Konfliktlösung ab und fordern den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Vor allem die ungelöste soziale Frage und die Frage der Demokratie sind - neben religiösen, ethnischen und kulturellen Konflikten - die entscheidenden Triebkräfte und Ursachen der gewaltsamen Auseinandersetzungen.

In allen Konfliktherden herrscht große Ungerechtigkeit bei der Verteilung der natürlichen Reichtümer dieser Länder. Insbesondere bei Rohstoffen und Erdöl. Und eine große Zahl von jungen Menschen ist ohne jede Zukunftsperspektive. An diesen Ursachen gilt es anzusetzen.

Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland müssen ihre Entwicklungs- und Außenpolitik so auszurichten, dass Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern gefördert werden, statt einseitig Rohstoffinteressen und Absatzmärkte zum Maßstab ihrer Politik zu machen. Die Vorstellung, Europa könne sich als Festung gegen das Elend um sich herum abschotten, ist inhuman und illusionär.

In vielen Ländern Europas und auch in

Robert Sadowsky (in Gelsenkirchen)

Deutschland wird Armutsmigration von rechten und rechtsextremen Demagogen ausgeschlachtet. Für uns bleibt deshalb der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, die oft auch als Antiislamismus daher kommt, eine zentrale Aufgabe. Es geht dabei um das friedliche und solidarische Zusammenleben und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gedanken in den Köpfen.

Glück auf!

Natürlich gehört dazu die Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus. Es ist unerträglich, wenn durch unsere Land prügelnde und mordende Nazibanden ziehen. Seit 1990 haben sie in unserem Land mehr als 182 Menschen ermordet!

Lange wurde die Bedrohung durch die Rechtsextremisten klein geredet. Nach der Mordserie des Zwickauer Terror-Trios, das sich „NSU“ nannte, an acht türkischstämmigen Mitbürgern, einem Griechen und einer Polizistin, wird die braune Gefahr nun endlich benannt. Aber ein schlimmer Verdacht entsteht: Welche Rolle hat der Verfassungsschutz bei den Morden gespielt? Wussten sie davon? Haben sie womöglich eine aktive Rolle dabei gespielt? Nein, auch einen solchen Verfassungsschutz, der sich jeglicher demokratischer Kontrolle entzieht und vor dem man die demokratische Verfassung schützen muss – Auch den brauchen wir nicht!

Wir brauchen ein entschiedenes Vorgehen gegen alle Formen von Faschismus, Ausländerhass, Intoleranz und Antisemitismus, wo immer sie sich zeigen!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Und so wie Verbrechen verboten sind, so gehört auch die NPD verboten.

Deshalb fordern wir ein Verbot der NPD und aller faschistischen und Neonazi-Organisationen!

Nie wieder Faschismus – Nein zum Krieg!

Faschismus und Krieg

Liebe Friedensfreundinnen und
Friedensfreunde,

Jahrzehnte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erleben wir eine Welt, in der Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist. Dabei mahnen uns zwei Weltkriege, die von Deutschland ausgingen, eindringlich: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"! Das war Mahnung und Lehre für viele Menschen in Deutschland und in der Welt nach dem Ende des Weltkrieges. Kriege sind keine Lösung, sondern Teil des Problems. Kriege brechen nicht aus, sie werden gemacht.

Zur Erinnerung: Die Bilanz des zweiten Weltkrieges war verheerend. Über 55 Millionen Tote - Soldaten und Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder - unendliche Zerstörungen im Vernichtungskrieg. Dabei hatten die Sowjetunion und Polen die Hauptlast der Vernichtung zu tragen. Unzählige Menschen wurden getötet, verletzt und verstümmelt, Hunderttausende zu Zwangsarbeit verschleppt, Tausende von Dörfern und Städten wurden zerstört. Die angeblich zivilisierte Welt entwickelte barbarische Formen der Kriegsführung. Der deutsche Faschismus praktizierte einen rassistisch begründeten Vernichtungskrieg. Auch der japanische Militarismus verband seine Expansionspolitik mit rassistischen Verfolgungen gegenüber Chinesen und Koreanern. Am Ende des Krieges setzten amerikanische Militärs bei dem Abwurf auf Hiroshima am 6. August 1945 und auf Nagasaki am 9. August zum ersten Mal Atombomben ein. Diese Vernichtungswaffen töteten auch heute noch durch schwere genetischen Schäden, die auch Generationen später noch ihre Wirkungen zeigen.

Auch das ist eine Lehre aus dem zweiten Weltkrieg: Sag Nein zu Atomkraftwerken und Atombomben!

Den Höhepunkt fand die faschistische Barbarei in der systematischen und industriellen Ermordung von 6 Millionen Juden und von Roma und Sinti in den Vernichtungslagern. Aus all diesem Grauen zogen überlebende AntifaschistInnen die Konsequenz: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Der Schwur von Buchenwald wurde für viele friedliebende Menschen eine Leitschnur für ihr Handeln. Im Potsdamer Abkommen der Siegermächte wurde festgelegt, dass Deutschland entnazifiziert und entmilitarisiert wurde. Auch die wirtschaftliche Macht monopolistischer Großunternehmen sollte durch Entflechtung eingeschränkt werden, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen kann.

Banken und Konzerne hatten den Faschismus erst an die Macht gebracht und dieses Regime für ihre Interessen genutzt. Deshalb war die Zerschlagung von IG Farben und anderen und die Übernahme der Kontrolle über deutsche Rüstungsschmieden wie Krupp & Co. auch eine Lehre aus Krieg und Faschismus. Diese Erkenntnis fand auch in den Landesverfassungen von Hessen und Nordrhein-Westfalen ihren Niederschlag.

Im Grundgesetz wurde als eindeutige Konsequenz aus dem deutschen Faschismus das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges festgelegt. Auch in der UN-Charta ist ein allgemeines Gewaltverbot verankert.

Nie wieder sollte Krieg ein Mittel der Politik werden!

Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg hat es überall und immer wieder auf der Welt Konflikte und Kriege gegeben. Und spätestens seit dem Zusammenbruch des Warschauer Vertrages und dem Ende des sog. Kalten Krieges erweist sich die vermeintlich neue

Weltordnung als zerstörerisch. Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden und wir erleben seit Anfang der neunziger Jahre immer mehr Kriege, in die die NATO und auch Deutschland und die EU verstrickt sind.

Gerade die verstärkte Militarisierung der deutschen Außenpolitik wurde durch Lügen, Halbwahrheiten und eine Neudefinition der antifaschistischen Verpflichtung begleitet. Aus den Forderungen "Nie wieder Krieg!" und "Nie wieder Faschismus!" wurden nun Erklärungen, um Krieg als Mittel für "Nie wieder Faschismus" umzusetzen. Was bis dahin ein Hinderungsgrund gegen eine aggressive und militärische Außenpolitik gedacht war, wurde nun zur Begründung deutscher Militäreinsätze überall auf der Welt heran gezogen.

Im Vorfeld des sog. Kosovokrieges, der faktisch ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien war, wurde diese ideologische Neuausrichtung zum ersten Mal deutlich sichtbar. Der grüne Außenminister Joseph Fischer und der SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping stellten sich an die Spitze derer, die die Kriegspropaganda zu seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannten Höhen führten. Der eine als Erfinder des »serbischen Faschismus« und der neuen Auschwitz-Lüge, der andere als unübertroffener Greueldemagoge. 54 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands wurde in Europa wieder Krieg geführt. Und die Bundeswehr war dabei. Begründung Kampf gegen Faschismus und Terrorismus.

Unter ähnlichen Vorwänden wurde durch die USA und einige ihnen hörige Regierungen 2003 der Irak überfallen. US-Präsident Bush behauptete, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen. Und sein Außenminister Powell zeigte vor dem UNO-Sicherheitsrat Luftaufnahmen einer »Chemiewaffenfabrik«: Bilder eines angeblichen mobilen Giftgaslabors, welches von einem UNO-Inspektionsteam schon vorher

als Wassertankwagen identifiziert worden war.

Die Lügen wurden entlarvt, aber dies hinderte die USA nicht an der Kriegsführung. Nach weit mehr als 100.000 toten Zivilisten und 4.487 toten amerikanischen Soldaten feierte die US-Administration nun im Dezember 2011 offiziell das Ende des Irak-Krieges.

Festzustellen ist: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Oder die Lüge gehört zum Krieg wie der Orden zum General.

Der Krieg gegen den Irak war spätestens seit Mitte der neunziger Jahre in Planung gewesen. In einem Dokument zur nationalen Sicherheit wird als eindeutiges Ziel eines Krieges »die Sicherung des ununterbrochenen und unangefochtenen Zugangs zum Öl« genannt.

Der Terroranschlag vom 11. September war alles in allem der willkommene Anlass und Vorwand, die geostrategischen Pläne endlich in die Realität umsetzen zu können. Nur schwer war Bush seinerzeit davon abzuhalten, sofort gegen den Irak loszuschlagen, da dieser gegenüber dem afghanischen Taliban-Regime die größere Herausforderung bei der Durchsetzung der amerikanischen Interessen im Mittleren Osten darstellte. Die Bedrohungslügen waren ein Mittel, um die Welt in einen Ausnahmezustand zu versetzen.

Also begannen die USA nach dem 11. Sept. 2001 zunächst den Krieg gegen den "Terror" in Afghanistan. Begründung war ein angebliches Recht auf Selbstverteidigung nach einem angeblich kriegerischen Angriff auf die USA. Auch über diese Begründung kann man schreiben.

Deutschland war schnell mit dabei und die Behauptung des damaligen Verteidigungsministers Struck, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, war wieder eine Kriegslüge. Auch die deutsche Wirtschaft hat strategische Interessen am ungehinderten

Inge Höger (in Wattenscheid)

Zugang zu Rohstoffen und freien Handelswegen. Als Bundespräsident Köhler diese Wahrheit aussprach, musste er noch zurücktreten. Festgelegt ist dies aber schon seit Beginn der 90er Jahre in den Verteidigungspolitischen Richtlinien. Am deutlichsten ist dies in der Überarbeitung durch den neuen Minister de MaiziŠre.

11 Jahre dauert der NATO-Krieg in Afghanistan bereits und ein Ende ist trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht in Sicht. Die durch einen deutschen Offizier befohlene Bombardierung von Zivilisten in der Nacht des 4. September 2009 und die folgenden Lügen und Verharmlosungen, die Schüsse deutscher Soldaten auf afghanische Demonstranten im letzten Jahr sowie die nächtlichen Überfälle von US-Soldaten auf die Zivilbevölkerung, wobei der letzte als Amoklauf eines einzelnen Soldaten hingestellt wurde, befördern die Forderung der Menschen in Afghanistan nach einem baldigem Abzug der NATO-Truppen. Die Menschen wollen ein Ende von Krieg und Besatzung!

Nichts ist gut in Afghanistan! Deshalb fordern wir ein sofortiges Ende des Krieges in Afghanistan!

Kriegsabenteuer wie in Afghanistan, Irak und Libyen bringen Tod, Not, Elend, Vertreibung und Zerstörung. Entgegen der offiziellen Drohkulisse von NATO, USA und EU geht es auch in Syrien und Iran nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um die politische Vorherrschaft in einer geostrategisch wichtigen Region. Wieder soll ein Krieg mit Lügen und Unterstellungen vorbereitet werden. Wieder ist von faschistischen Regimen die Rede, wieder von Massenvernichtungs- und Atomwaffen. Ziel des Westens sind Wechsel der Regierungen - nicht weil sie die Menschenrechte in ihren Ländern missachten, sondern weil sie nicht willfährig die Interessen der westlichen Industrienationen bedienen.

Günter Grass hat Recht - Es muss gesagt werden.

Grass warnt - in ausdrücklicher Verbundenheit mit dem Land Israel - vor einem israelischen Erstschlag, "der das von einem Maulhelden unterjochte und zum organisierten Jubel gelenkte iranische Volk auslöschen könnte." Er warnt Deutschland davor, mit der Lieferung eines weiteren U-Bootes nach Israel, "dessen Spezialität darin besteht, allesvernichtende Sprengköpfe dorthin lenken zu können, wo die Existenz einer einzigen Atombombe unbewiesen ist, Zulieferer eines Verbrechens zu werden." Und dann fordert Grass, "eine ungehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz."

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Das ist die Lehre aus Faschismus und Krieg. Dieser Lehre folgt das Gewaltverbot in der UN-Charta. Und das beinhaltet kein Recht auf einen Erstschlag, weder für die NATO noch für andere Länder. Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden. Der Nahe Osten ist ein Pulverfass, dass nur zur leicht explodieren kann. Nur Gewaltverzicht führt zum Frieden. Die letzte Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffenspeervertrag fordert einen atom- und massenvernichtungsfreien Nahen Osten.

Die Friedensbewegung fordert eine Atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit!

Friedenspolitik ist untrennbar mit einer klaren antifaschistischen Haltung verbunden, da Faschismus den Krieg in sich trägt. Der Schwur der befreiten KZ-Häftlinge in Buchenwald ist Verpflichtung: "Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Die NSU-Morde haben auf dramatische Art und Weise gezeigt, dass faschistische Gruppen in Deutschland schon

Inge Höger (in Wattenscheid)

wieder ihr Unwesen treiben. Nazis zogen jahrelang ungehindert mordend durch Deutschland. Es wäre unverantwortlich, wenn sich daraus keine Konsequenzen ergäben. Es muss auch geklärt werden, auf welche Weise der Verfassungsschutz in die Vorfälle verstrickt ist. Wir fordern ein Verbot aller faschistischen Organisationen - insbesondere der NPD.

Wir wollen eine Welt ohne Rassismus, Nazismus und Militarismus, ohne Ausgrenzung, Faschismus und Krieg.

Die Lehren aus dem Kampf gegen Faschismus und Krieg bedeuten: Beendigung aller Einsätze der Bundeswehr und Beendigung aller Kriege - insbesondere des Krieges in Afghanistan - Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte, Abrüstung und die Abschaffung der NATO. Die Ziele der UNO-Charta, auf der Grundlage des Völkerrechts "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren" und "den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern", sind hoch aktuell.

Truppen raus aus Afghanistan! Kein Krieg gegen Syrien oder den Iran!

Entweder schaffen wir die Rüstung oder die Rüstung schafft uns ab!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mir sind für meine Rede 5-7 Minuten gegeben worden. Das sind 300 bis 420 Sekunden. In jeder Sekunde, die ihr mir zuhört, werden allein von dem Land, dessen Präsident Friedensnobelpreisträger ist, 250.000 Dollar für Rüstung ausgegeben. Wenn ich hier fertig bin, werden ca. 10 Millionen Dollar für die Kriege und Kriegsvorbereitungen der NATO, also für die Vernichtung von Mensch und Natur, ausgegeben worden sein.

Ich möchte eine Rede meines großen Lehrers Helmut Gollwitzer aktualisieren. (Für die Jüngeren unter euch: H.G. ist 1993 gestorben, er war evangelischer Theologieprofessor und einer von denen, die gegen die Remilitarisierung der BRD und gegen die Notstandsgesetze kämpfte, er war ein radikaler Antimilitarist.)

Im Jahre 2020 oder vielleicht auch 2030 oder erst 2040, werden vernunftbegabte Lebewesen aus irgendeinem fernen Sonnensystem auf unserer Erde landen. Und diese Erde wird wüst und öde (hebr.: Tohu wa bohu, so in 1. Mose 1, 2a) sein.

Archäolog_innen der Gelandeten werden aber bald viele Spuren finden, die auf die ehemaligen Bewohner des zerstörten Planeten Erde verweisen. Und sie werden feststellen, dass ein Teil dieser Bewohner Lebewesen waren, die sich Menschen nannten. Die Menschen hätten alle Möglichkeiten gehabt, auf diesem ehemals fruchtbaren Planeten ein gutes Leben zu führen. Die Besucher_innen aus dem Weltall werden fragen, warum die Menschen sich kollektiv ausgerottet haben und alle Lebensmöglichkeiten auch anderer Lebewesen offensichtlich völlig bewusst zerstört haben.

In verschütteten Zeitungsarchiven, Uni- und Stadtbibliotheken, in zahlreichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, vielleicht auf euren Computern, werden die neugierigen Fremden noch unzerstörte Dokumente finden, die beweisen, dass allein im Jahre 2012, als die Erde noch von den sog. Menschen bewohnt war, 1.5 Billionen Dollar, für Vernichtungsinstrumente ausgegeben worden sind. Das ist eine Zahl mit 12 Nullen: 1.500.000.000.000. Allein ein Land, das USA hieß, hat zusammen mit einem Kontinent, der Europa hieß, 75% davon zur Vernichtung von Menschenleben ausgegeben, also grob gerechnet 1,1 Billionen Dollar. Die USA waren der absolute Spitzenreiter mit 2,2 Milliarden Dollar täglich für Krieg und Rüstung. Täglich geben die USA, die sich mit Europa zusammen westliche Wertegemeinschaft und Hüter der Demokratie und Freiheit nannten, 2,2 Milliarden Dollar für Kriege aus, stündlich also 90.000.000 Dollar. Jede Minute also 1.500.000 Millionen Dollar oder jede Sekunde 250.000 Dollar. Hing das eigentlich mit der wachsenden Armut in allen Ländern, die sich die "Freie Welt" oder die "westliche Wertegemeinschaft" oder einfach die "internationale Gemeinschaft" nannte, zusammen? Hunger, Unbildung, Hass sogar auf die Nachbarn wuchs mit jedem Euro oder Dollar, der für Kriege ausgegeben wurde.

Und jede(r) wusste das!

Experten der Lebewesen aus dem Weltall rechneten aus, dass 2012 ca. 20.000 einsatzbereite Atombomben bei den Atommächten lagerten.

Dazu kamen unübersichtlich große Mengen an biologischen und chemischen und sog. konventionellen Waffen.

Damit konnte jeder der ehemaligen Erdenbewohner 5.000 Mal getötet werden. Aber das war nicht genug, "man" rüstete kräftig weiter!

Und in einer großen Tageszeitung, damals WAZ genannt, konnte "man" am 3. 4. 2012 lesen, dass die USA "gute Chancen sehen, Atomangriffe zu überleben". Würde es doch bei einem Angriff auf ihre Hauptstadt nur 45.000 Tote und 300.000 Verletzte geben!

Die Forscher-innen aus dem Weltall konnten sich nicht erklären, dass ein Land namens Bundesrepublik Deutschland ohne jemals danach gefragt worden zu sein von einem anderen Land namens USA eine Kommandozentrale für Atombombenerstschläge, genannt Raketenabwehrschirm, mitten ins Land gesetzt bekam. Damit machte die damals sog. Bundesregierung das eigene Land im Kriegsfall zum Angriffsziel Nr. 1.

Die Menschen in dem Land wussten das alles, verfügten sie doch damals mit dem Internet über durchaus moderne Mittel, um alles erfahren zu können. Aber es stand auch alles einfach in den Zeitungen oder wurde im Fernsehen mitgeteilt. Oder in den kostenlosen Weißbüchern der Bundesregierung zur damals sog. Verteidigungspolitik.

Waren diese sog. Menschen alle von einem Selbsttötungswahn besessen?, fragten die Forscher_innen aus dem Weltall.

Ja, war ihre Antwort, denn in sog. freien Wahlen wählten die damaligen Menschen seltsamerweise in allen Ländern die Parteien, die noch mehr Kriege versprachen, die damit auch noch mehr Armut versprachen.

Genau diese Lebewesen damals in den USA und Europa glaubten meist an eine Religion, die sich Christentum nannte und dessen Gründer, ein gewisser Jesus von Nazareth, die Nächstenliebe und den Frieden als höchstes Gut predigte und dass keiner den anderen töten oder mit dem Tode bedrohen sollte. Was hätte dieser Jesus eigentlich zu seinen später

lebenden Gläubigen gesagt, wenn er die gerade genannten Fakten gehört hätte? Damals hungerten auf der Erde mindestens 2 Milliarden Menschen, 1 Milliarde hatte

überhaupt keinen Zugang zu einem Lebensmittel genannt "sauberes Wasser". Überall auf der Erde herrschte Armut, aber ganz wenige besaßen fast alle Reichtümer. Und alle anderen Menschen wussten das! Und so genannte christliche Politiker, die z.T. sogar in Parteien organisiert waren, die sich christlich nannten, predigten jeden Tag im Fernsehen: Menschenrechte, Menschenrechte, Menschenrechte und sorgten gleichzeitig dafür, dass jede Sekunde 2 Kinder verhungerten und 10.000 Menschen allein in kurzer Zeit auf Kommando der christlichen Politiker_innen im Mittelmeer verhungerten oder ertrinken mussten, nur weil sie ihre von den Staaten des westlichen Wertesystems verwüsteten Länder verlassen wollten. Oder Politiker im christlich geprägten Abendland schickten Zehntausende von Flüchtlingen, die irgendwie es auch bis nach Deutschland geschafft haben, zurück in die Länder, aus denen sie geflohen waren, also zurück in Hunger, Elend, Folter, Krieg. Warum, so werden die Forscher-innen aus dem Weltall fragen: Warum haben die vernunftbegabten Menschen nicht das viele Geld zur Bekämpfung des Hungers ausgegeben? Und zur Bildung, um damit vielleicht zumindest die Krankheit "Selbsttötungswahn" zu bekämpfen? Allein in dem "Deutschland" genannten Land wurde täglich nur für einen Krieg in einem 5000 km von Deutschland entfernten Land, das Afghanistan hieß, nach täglich ca. 8 Millionen Euro ausgegeben. Hatten die Menschen in diesem Deutschland damals so viel Geld, um 8 Millionen Euro täglich allein für den Krieg in Afghanistan auszugeben? Und wie konnten diese Menschen bloß zulassen, dass andere Lebewesen der gleichen Art, also Menschen, mit diesem Geld in Form von Bomben und Raketen in Afghanistan ermordet wurden statt ihnen das Geld für ein besseres

Wolfgang Dominik (in Bochum-Werne)

Leben zu schenken?

Allen Menschen wurden alle Kriegskosten und Kriegsfolgen dauernd im Fernsehen, im Internet, in den Zeitungen mitgeteilt, nichts war geheim!. Dass andauernd damals auf der Erde, auch wenn kein Krieg war, durch die sog. freie Marktwirtschaft viele Millionen Menschen zum Hungertod verurteilt wurden, störte offensichtlich auch niemanden "in der westlichen Wertegemeinschaft" ernstlich.

Auf alle diese Fragen fanden die klugen Lebewesen aus dem Weltall nur widersprüchliche oder gar keine Antworten.

Ihr könnt jetzt auf dem Ostermarsch nach Dortmund versuchen, die Antworten euch gegenseitig zu geben und diese Rede ergänzen, der Gollwitzer die Überschrift gegeben hat: Entweder schaffen wir die Rüstung ab oder die Rüstung schafft uns ab.

Ich danke euch!

Wie schon bei vorangegangenen Ostermärschen interessiert mich das Thema Computerspiele und ihre friedenspolitische Bedeutung weiterhin. Während ich mich sonst eher damit beschäftigt habe, was Computerspiele mit und in den Köpfen der Menschen machen, dass bringt mein Beruf als Neurolgin auch eher mitsich, möchte ich heute mehr darauf eingehen, wie virtuelle Spiele ganz konkret zur Kriegsvorbereitung genutzt werden und wie Armee und Spieleproduzenten, ja selbst die Rüstungsindustrie voneinander profitieren. Ich wurde durch das neueste Dossier der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden dazu angeregt, besonders der Artikel von Michael Schulze von Glaßler hat mir so gut gefallen, dass ich ihn schwerpunktmäßig für meine Rede nutzen möchte.

Da ich Mutter von 5 Kindern bin, bekomme ich drastischer die Auswirkungen und die Normalität von Computerspielen mehr mit, als viele von Euch. Nach ganz normalen Silvesterfeiern mit wirklich netten Freunden und deren Kindern, stellen wir plötzlich fest, dass diese Kinder den ganzen Abend Battlefield, darauf gehe ich gleich noch ein, gespielt haben, wahrscheinlich wegen des brauchbaren Arbeitsspeichers unseres Laptops. Wirklich korrekte Freunde unserer Söhne statten ihr Schüler-VZ Profil mit Call of duty Logos aus.

Dazu muss man sich klar machen: In Deutschland wurde 2010 1,86 Milliarden Euro für virtuelle Spiele ausgegeben, das sind 3% mehr als im Vorjahr. Etwa 22 Millionen Deutsche spielen diese Spiele. Das neu entwickelte Spiel Battlefield 3, ein so genanntes Ego-Shooter-Spiel, auf das ich gleich noch einmal zu sprechen komme, wurde von seinem Erscheinen am 28.10.2011 bis zum 11. November in der Bundesrepublik 500.000 Mal verkauft.

Was ist aber das Problem an solchen Spielen. Vielfach wurde in den Medien zu Recht, die in

den meisten Spielen dargestellte Gewalt angeprangert, insbesondere war dies immer wieder Thema im Zusammenhang mit Amokläufen. Was bisher wenig diskutiert wurde ist die politische Aussage und der politische Zusammenhang, in dem solche Spiele stehen Das ist aber mindestens ebenso besorgniserregend. Dazu werde ich im folgenden ein paar Beispiele nennen.

1. Westliche Spiele mit westlichen Feindbildern

Michael Schulze von Glaßler bezeichnet die Hersteller der Spiele als westliche Hersteller, alternativ könnte man zu westlich auch Spiele produziert in Europa und den USA sagen.

Video- und Computerspiele werden überwiegend von westlichen Firmen und fast ausschließlich für den westlichen Markt entwickelt und erzählen ihre Geschichten fast nur aus dieser Sicht.

Ein Beispiel dazu ist das Spiel Battlefield 3, was ich bereits oben erwähnte. Hier wird der Spieler in einen US-Soldaten im Jahre 2014 versetzt, der im Irak gegen dort einmarschierte paramilitärische iranische Truppen kämpft. Im Verlauf des Spieles stürmen dann US-Soldaten u.a. Teheran. In der Wüste vernichten, US-Panzer iranische Truppenverbände usw. Das Spiel erschien im Herbst letzten Jahres. Politische Zusammenhänge zur Weltpolitik ergeben sich leicht.

2. Propaganda und Nutzung zukünftiger Waffensysteme

Bei den Computerspielen benutzen die Entwickler reales Militärgerät, wobei auch deutsche Waffen, einschließlich entsprechender Firmenlogos, z. B. von Rheinmetall immer wieder im Einsatz sind. Bekommt der Bürger sonst große Kampfgeräte wie Kampfflugzeuge, Panzer etc. kaum zu sehen, darf er in den Spielen direkt ins Cockpit einsteigen. Die Begeisterung oder zumindest fehlende Kritik an High-Tech Waffen lässt sich leicht ableiten. Im Luftkampf-Spiel „H.A.W.X:2“

Elke Koling (in Bochum-Werne)

zum Beispiel ist auch der Eurofighter der in der Nähe von München bei der Eurofighter Jagdflug GmbH produziert wird im Einsatz.

Frohe Ostern!

Elke Koling ist in der IPPNW

3. Software für Soldaten

„Gute Videospiele“ liefern als Nebeneffekt auch ideale Übungssoftware für Soldaten.

Die inzwischen in Frankfurt angesiedelte Crytek GmbH hat bereits 1999 sogenannte EgoShooter Spiele entwickelt. Besonders gelobt (einschließl. entsprechender Auszeichnungen) wurden sie für ihre virtuelle akustische, physikalische und optische Darstellung. Diese Software wird inzwischen u.a. von den US-Militärkonzernen Lockheed Martin und Intelligent Decision genutzt. Die Schlachtfelder im Trainingssimulator werden mithilfe der oben genannten Firma entworfen. Das Projekt kostet etwa 57 Millionen US Dollar. Es gibt weitere zahlreiche ähnliche Beispiele.

4. Die Bundeswehr in virtuellen Spielen.

Seit die Bundeswehr zunehmend an Kampfhandlungen und Auslandseinsätzen beteiligt ist, kommt sie auch zunehmend in virtuellen Spielen zum Einsatz.

Im Jahre 2011 erschien das Spiel „Ace Cobant: Assault Horizon“. In diesem Spiel kann der Spieler mit Eurofighter Kampffjets samt Bundeswehr-Logo auf die Jagd nach Feindlichen Flugzeugen gehen.

Im Strategiespiel „Wargame-European-Escalation“, was 2012 erscheinen soll, wird der Spieler mit Leopard-Kampfpanzern und Marder-Schützenpanzern der Bundeswehr in einen Krieg geschickt.

Müssen wir als Friedensbewegung in diesem Zusammenhang nicht ganz neu und vehement fordern „Kein Kriegsspielzeug in Kinderhände“ und müssen wir vielleicht sogar fordern „kein Kriegsspielzeug in Erwachsenenhände“, damit der Gedanke von Frieden und Versöhnung als Normalität weiter tragfähig bleibt?

Felix Oekentorp (in Bochum-Werne)

es ist schön, dass sich auch heute wieder dem Wetter zum Trotz so viele hier versammelt haben. Nicht nur hier und heute wird an Ostern für den Frieden demonstriert, an vielen Orten in Deutschland wird zu Ostern für den Frieden marschiert. Auf zwei Ostermärsche möchte ich heute gern verweisen: Der Ostermarsch in Jülich steht unter dem Motto "Nie wieder Krieg - nie wieder Atomkraft!". Die TeilnehmerInnen in Jülich treten ein:

Für die Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Gegen zivile und militärische Nutzung der Atomkraft!

Und sie fordern: Westcastoren absagen!

Ich denke, hinter diesen Forderungen stehen wir hier auch.

Und wer erinnert sich nicht an letztes Jahr, wo die Anti-AKW-Bewegung am Ostermontag zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl eine Demo in Gronau an der Urananreicherungsanlage vorbereitet hatte und ungewollte Mobilisierung durch die Katastrophe von Fukushima erhielt.

Dort, in Gronau ging es letztes Jahr um die Beendigung der Urananreicherung, den Stopp der Atomtransporte, um das Stilllegen der Atomanlagen und um das Vernichten der Atomwaffen wie es der Aufruf benannte. Wir haben selber an den beiden ersten Tagen des Ostermarsch Rhein Ruhr noch Bustickets für die Fahrt nach Gronau verkauft, um auch dort zum Gelingen beizutragen.

Es braucht weiterhin, auch nach dem Lippenbekenntnis der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomenergie nach wie vor den Druck der Straße. Mitte März, zum ersten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima gab es eine mächtige Demo in Gronau, aber auch in anderen Bundesländern so in Brokdorf,

Grundremmingen, Neckarwestheim - um nur einige zu nennen - wurde für den Ausstieg demonstriert.

Warum ist der Widerstand gegen die "zivile" Nutzung der Kernenergie ein originäres Thema für Friedensbewegte? Sind die Friedensfrage und der Atomausstieg nicht völlig verschiedene Themen die unzulässigerweise miteinander verknüpft werden? NEIN, das ist nicht der Fall! Zivile und militärische Nutzung von Kernenergie sind zwei Seiten der selben Medaille.

Und so ist es auch das Anliegen der Demo in Jülich, darauf hinzuweisen, dass in Jülich neben dem Atomforschungsreaktor eine weitgehend unbekannte Firma ETC an Zentrifugentechnologie forscht und Zentrifugenteile fertigt.
(<http://www.enritec.com>)

Zentrifugen, wir haben das spätestens bei den massiven Vorwürfen, ja Kriegsdrohungen gegen den Iran gelernt, dienen der Anreicherung von radioaktivem Uran auch zum Zweck der militärischen Nutzung. Je höher angereichert das Uran ist, desto waffenfähiger ist es. (Ab einem Anreicherungsgrad von 20% ist es grundsätzlich zwar möglich, damit Kernwaffen zu bestücken, aber eigentlich spricht man erst ab einem Anreicherungsgrad von 85 % von Kernwaffenfähigem Uran.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

mit der Entscheidung der Bundesregierung, des Bundesrats und des Bundestages vom Sommer letzten Jahres, aus der zivilen Nutzung der Kernenergie auszusteigen und die Laufzeitverlängerung rückgängig zu machen ist ein kleines Zeichen gesetzt, wenn auch nur in Deutschland. Wirklich entschieden ist bislang letztlich noch gar nichts. Dieser Ausstieg muss schnellstmöglich, also nicht mit einer Verzögerung von weiteren 10 Jahren und

Felix Oekentorp (in Bochum-Werne)

unumkehrbar erfolgen und so vorbildlich dass sich auch andere Staaten daran orientieren können und wollen.

Nicht nur aus der zivilen sondern auch aus der militärischen Nutzung wollen wir aussteigen. Hier in Deutschland werden noch immer Atomwaffen gelagert. In Büchel, RLP, ca 150 km von hier im Fliegerhorst befinden sich unter US-Aufsicht etwa 20 Atomwaffen mit einer Sprengkraft die einem vielfachen der Bombe von Hiroshima entspricht. Diese müssen abgezogen und vernichtet werden.

Heute findet deshalb auch ein Ostermarsch an diesem Fliegerhorst in Büchel statt. Dieser fordert von der Bundesregierung

Sich für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen einzusetzen und einen verbindlichen Abrüstungsvertrag zu unterstützen,

einer Modernisierung der in der Bundesrepublik gelagerten US-Atomwaffen nicht zuzustimmen,

sondern den Bundestagsbeschluss zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland endlich umzusetzen.

Ich denke, auch diesen Forderungen schließen wir uns gerne an!(!)

Felix Oekentorp ist Sprecher der DFG-VK NRW.

Manfred Sträter (in Dortmund)

Rüstung tötet schon im Frieden (*)

Liebe Freundinnen und Freunde,

Nach Angaben der FAO aus September 2010 hungern weltweit 925 Mio. Menschen. In jedem 6ten Land der Erde ist die Hungersituation sehr ernst. 195 Mio. Kinder unter 5 Jahren sind zu klein für ihr Alter und damit unterentwickelt. Jährlich sterben etwa 2,2 Mio. Kinder an den Folgen von Mangel und Unterernährung.

Das sind 6.027 Kinder täglich.

Jede Minute stirbt ein Mensch durch Waffengewalt, das sind 1.440 Menschen täglich.

100.000de Andere werden mit Waffen bedroht, unterdrückt und verletzt.

Ende Februar diesen Jahres veröffentlichte das Stockholmer Friedensforschungs-institut Sipri: Die weltweit führenden Rüstungskonzerne haben letztes Jahr trotz der Krise gut Geschäfte gemacht. Die Umsätze stiegen um 1% auf rund 411,1 Mrd. US \$. Dominiert wird der Waffenhandel von Konzernen in den USA und in Westeuropa. Deutschland nimmt dabei eine führende Stellung ein.

Und die deutschen Lieferanten verdienen kräftig.

Beispiel Griechenland: In den vergangenen 10 Jahren wurden Waffen im Wert von mehr als 11. Mrd. US \$ von den Griechen importiert. Ein Drittel davon aus Deutschland. Auf den Kauf von 2 weiteren neuen U-Booten (Kosten betragen etwa 1,3 Mrd. Euro) will auch die neue Regierung nicht verzichten.

Trotz des riesigen Schuldenbergs und der drohenden Staatspleite. Der Militärhaushalt in Griechenland ist mit 3,1 % fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der europäischen Staaten. Mit seinen 11 Mio. Bewohnern hat Griechenland 156.000 Soldaten und damit nur

etwas weniger als Deutschland mit 82. Mio. Einwohnern.

Warum diese militärische Hochrüstung?

Angeblich wegen der militärischen Macht des Nachbarn Türkei und weil es ein "strategisches Gleichgewicht" geben müsse. Wahrscheinlich ordert die türkische Marine nun auch U-Boote und wenn die Griechen deutsche Panzer kaufen, verdoppeln die Türken ebenfalls ihren Einsatz und wiederum verdienen deutsche Lieferanten kräftig daran.

Auch die Türkei kann sich ihre extrem hohen Rüstungsausgaben eigentlich nicht leisten.

Beide Staaten sind übrigens Mitglied der NATO. Zwei Länder in einer sogenannten Verteidigungsgemeinschaft. Die Nato verhindert offensichtlich weder militärisches Wettrüsten noch Konflikte zwischen den Mitgliedern.

Hat eigentlich irgendjemand mal davon gehört, dass sich unsere Bundeskanzlerin dafür einsetzt, dass die Militärausgaben in Griechenland eingeschränkt werden,

um stattdessen Arbeitsplätze zu schaffen,

um auf die drastischen Einschnitte im sozialen Bereich,

um auf die Kürzungen bei Mindestlohn, Arbeitslosenhilfe, Renten und Löhnen,

um auf die Entlassung von 150.000 Staatsbediensteten zu verzichten?

Wenn Kanzlerin einmal damit anfängt, könnte sie gleich in Portugal, Spanien und Italien weitermachen.

Alle Staatsausgaben Griechenlands sollen aber zugunsten der Geldverleiher und Spekulanten gekürzt werden. Für die Militärausgaben gibt es dagegen keine

Manfred Sträter (in Dortmund)

vergleichbaren Vorgaben. Bei der Vergabe von EU-Krediten war und ist eine Verwendungssperre für neue Rüstungsgüter nicht vorgesehen.

Übrigens: Ist es in Griechenland ausgeschlossen, dass so wie im Nahen Osten, gegen Streikende und Demonstrierende Waffen eingesetzt werden, wenn die die Durchsetzung der Forderungen aus Deutschland oder Europa bedrohen?

Kapitalinteressen werden häufig mit Gewalt durchgesetzt.

Aus dem Bundeshaushalt für das Jahr 2011 erhielt das Bundesministerium der Verteidigung offiziell knapp 32 Milliarden Euro, was ca. 11% des Gesamthaushaltes der Bundesrepublik Deutschland entsprach. 33% davon für Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. (10,43 Milliarden Euro,)

Was haben wir für PolitikerInnen gewählt, die uns gebetsmühlenartig einzureden versuchen, wir dürften keine öffentlichen Schulden machen, weil wir damit auf Kosten unserer Kinder lebten?

Gleichzeitig aber gewaltige öffentliche Schulden machen und unseren Kindern die Zukunft mit Kriegsgerät verbauen, statt dringend benötigte Gelder in Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder zu investieren. Pisa verlangt nach Kindergärten und -horten, die keine Aufbewahrungsanstalten sind, sondern Entwicklungschancen bieten, unabhängig vom Einkommen und Kontostand der Eltern. Geld für Schulen und Hochschulen, für Kindergärtner, Lehrer und Hochschullehrerinnen, für Altenheime, öffentlichen Nahverkehr und vieles andere, was uns und unseren Kindern und Enkeln nützt und sie reicher macht und die Umwelt schont - das wäre eine zukunftsorientierte Tagesordnung, für 2020 ff.

Anfang 2003 hat der Bundestag entschieden dass für die Anschaffung von 60 Militärflugzeugen 8,3 Mrd vergeudet werden sollten. 127,6 Millionen Euro wird sollte einzige dieser Maschinen kosten, deren Zweck es ist, Angriffstruppen und Todesgerät an den Hindukusch oder in andere Gegenden der Welt zu bringen, bis zu 7250 Kilometer von unseren Landesgrenzen entfernt. Rüstungskonzerne wie Airbus, EADS, MTU, nicht unsere Kinder, davon profitieren.

Wenige Monate später ließ der Minister für Kriegsgerät verlautbaren, dass die 60 Transportmaschinen die Steuerzahler zehn Prozent mehr kosten werden, nämlich 8,332 Milliarden Euro. Die Differenz von 680 Millionen Euro entstehe durch die private Vorfinanzierung. Denn erstmals konnte eine bundesdeutsche Regierung die laufend anfallenden Kosten eines Rüstungsprojektes nicht selbst finanzieren und nahm deswegen bei den A400M-Herstellern einen Zwischenkredit auf.

Die Kosten der Vorfinanzierung, die Zinsen also, an denen sich die Konzerne oder Banken bereichern, hätten gereicht um mehreren zehntausend Langzeitarbeitslosen zu helfen. Für Arbeitslose ist es viel, für die Vorfinanzierung eines Kriegstruppentransporters aber scheinen 680 Millionen Euro ein Pappentier zu sein.

2010 erschreckten neue Kostensteigerungen in Milliardenhöhe die Öffentlichkeit.

Die Bundeswehr reagierte:

- Deutschland bestellt 53 statt wie geplant 60 Maschinen; die übrigen sieben Bestellungen werden in eine Option umgewandelt
- die Bundeswehr verzichtet auf die geforderte vollautomatische Tiefflugfähigkeit des A400M. "Mit diesen Maßnahmen wird der deutsche Anteil an der Preiserhöhung von rund 670

Manfred Sträter (in Dortmund)

Millionen Euro kompensiert."

Bei den Rechenkunststücken von Ministern und Konzernvorständen sind allemal Zaubertricks dabei.

Rüstungskonversion dagegen, also die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion, ist kein Hexenwerk mehr. Längst ist bekannt, dass ein Arbeitsplatz im Sozialwesen mit einem Drittel des Geldes zu finanzieren ist, das ein Rüstungsarbeitsplatz kostet. Wäre es also nicht vernünftiger, sozialer, umweltfreundlicher, beschäftigungswirksamer, zukunftsweisender, statt der militärischen Transportflugzeuge Altenpflegeheime zu bauen? Statt Kampfflugzeugen Sozialwohnungen? Oder anstelle von Militärhubschraubern Schulen und Kindergärten?

Gewiss, dafür sind die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie nicht ausgebildet. Aber heute ist überall in der Wirtschaft lebenslanges Lernen angesagt.

Das alles ist freilich nicht von heute auf morgen möglich. Ein Konzept muss her, ein bundesweites Konversionsprojekt. Das Umlernen kostet Geld - aber Geld ist genug da. Geben wir es für Konversionsprogramme statt für Hochrüstung aus. Das hätte den Effekt, dass wesentlich mehr - weil preisgünstiger zu finanzierende - Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst entstünden. Die Probleme unserer Sozialkassen, im Wesentlichen verursacht durch die hohe Arbeitslosigkeit, würden sich verringern.

Deutschland hat ringsum keine Feinde. Abrüstung ist daher dringend geboten. Konversion in der Rüstungsindustrie und weiterer sozialverträglicher Abbau der Bundeswehr wären sinnvolle Schritte. Damit einhergehen muss eine Entmilitarisierung der EU. Wir brauchen eine Europäische Verfassung, die sich auf eine zivile

Friedenspolitik zur Lösung von Interessenkonflikten konzentriert. Eine EU-Armee brauchen wir nicht.

Was tun?

Unterstützen wir die Aktivitäten

der Aktion Aufschrei:

Ziele der Aktion Aufschrei gegen Rüstungsexporte sind:

Aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufbauen und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen;

eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen;

die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).

und von amnesty international: Hände hoch für Waffenkontrolle!

Amnesty International setzt sich seit Jahren beharrlich für strenge internationale Regeln zur Kontrolle des Waffenhandels ein. 2009 beschlossen die UNO-Mitgliedstaaten endlich, dass es Zeit ist für einen weltweit gültigen Vertrag zur Kontrolle des Waffenhandels. Für den Export und Import von Rüstungsgütern sollen "höchstmögliche gemeinsame internationale Standards" gelten. 2012 kann dieser Vertrag in der UNO beschlossen werden - eine historische Chance.

Deshalb fordern wir strikte Regeln für den Waffenhandel.

Manfred Sträter (in Dortmund)

Keine Waffen für Menschenrechtsverletzungen: Die Lieferung von Rüstungsgütern darf nicht genehmigt werden, wenn damit schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts begangen werden können oder die Armutsbekämpfung in den Empfängerländern gefährdet wird.

Keine Ausnahmen: Alle Arten von konventionellen Rüstungsgütern - Waffen, Munition, Bauteile, Motoren, Technik - müssen von dem Vertrag erfasst sein.

Strikte Kontrollen: Jede Waffenlieferung muss vorab geprüft und genehmigt werden. Illegaler Waffenhandel muss konsequent bestraft werden. Alle Staaten müssen ihre Rüstungsexporte und -importe transparent machen.

(*) Rüstungsausgaben im "3.Reich" von 1933-39 von 1% auf 23% des BIP erhöht

Manfred Sträter ist Gewerkschaftsekreter der Gewerkschaft "Nahrung-Genuss-Gaststätten", Region Dortmund.

Helga Schwitzer (in Dortmund)

"Was man will, muss man ganz wollen; halb ist es gleich nichts." Johann Hinrich Wichern hat das gesagt, evangelischer Pfarrer und Namensgeber dieses Hauses.

Deshalb gilt unser ganzer Einsatz den Zielen, für die Ihr seit drei Tagen vom Rhein bis hierher nach Dortmund auf der Straße gewesen seid. Mit dem Fahrrad, Motorrad oder sogar zu Fuß.

Das gilt für die Ziele, für die wir hier und heute auf dem Friedensfest des Ostermarsches 2012 noch einmal deutlich Flagge zeigen. Das gilt für Frieden und Abrüstung in der ganzen Welt, für die Entmilitarisierung in den Köpfen, in unserer Gesellschaft und in der Politik.

Wir sagen Nein zu Krieg, Atomrüstung und innerer Militarisierung. - Wir sagen Ja zur zivilen Lösung der Zukunftsprobleme. Da halte ich es mit Wichern: Das wollen wir, und das wollen wir ganz!

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

über 50 Jahre sind seit dem ersten Ostermarsch in Deutschland vergangen. "Kampf dem Atomtod" war damals das Motto. In der dritten Generation danach hat dieses Motto nichts, aber auch gar nichts an Berechtigung verloren.

In Deutschland und um Deutschland herum lagern immer noch Atomsprengköpfe. Die Zahl der Atomkräfte ist gestiegen, und sie steigt weiter.

Im südkoreanischen Seoul hat sich vor zwei Wochen eine hochrangig besetzte Konferenz damit befasst, wie verhindert werden kann, dass Terroristen in den Besitz von Atomwaffen kommen.

Ich hätte da einen Vorschlag, liebe Freundinnen und Freunde: Die Atomkräfte vernichten alle Atomwaffen, und das Problem

ist gelöst. Denn was es nicht gibt, kann auch nicht in falsche Hände geraten.

Aber, was sage ich? Sind Atomwaffen irgendwo in richtigen Händen? Ich sage Nein!, liebe Freundinnen und Freunde, Atomwaffen sind überall in falschen Händen. Sie waren in Hiroshima und Nagasaki in falschen Händen. Sie waren bei den Atomwaffenversuchen auf Nowaja-Semlja, in der US-amerikanischen Wüste oder auf dem Mururoa-Atoll in falschen Händen.

Atomwaffen sind überall in falschen Händen, auch in Israel. Und sie wären bei den iranischen Machthabern ebenfalls in falschen Händen.

Wir dürfen uns die Anmaßung der US-amerikanischen Politik nicht zu eigen machen, die Welt in falsch und richtig, in gut und böse einzuteilen. Nicht in ideologischer, religiöser, wirtschaftlicher und auch nicht in militärischer Hinsicht.

Es gibt keine guten Kriege. Es gibt keine guten Waffen. Denn es gibt auch keine guten Toten!

Wer die Welt und die Menschen in gut und böse einteilt oder sonst wie spaltet, der verursacht genau das, was er erst beklagt und womit er dann bewaffnete Einsätze rechtfertigt: Der verursacht und schürt den Hass, der zu Kriegen führt.

Wir blicken deshalb mit großer Sorge auf die Entwicklung im israelisch-iranischen Konflikt. Wir müssen befürchten, dass daraus ein Großkonflikt wird. Mit den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite. Die Risiken sind hoch. Auch die Risiken, dass sich Deutschland in einen möglichen Krieg hineinziehen lässt.

Die israelische Regierung rüstet in einem gefährlichen, eskalierenden Tonfall verbal auf, und sie rüstet auch waffentechnisch gegen den Iran auf. Sie bereitet sich offen auf einen

Helga Schwitzer (in Dortmund)

Waffengang vor.

Die USA sind rund um den Iran mit Militärstützpunkten präsent, zu Wasser und auf dem Land. Sie provozieren die iranischen Machthaber mit einem Ölembargo und mit einem Boykott der iranischen Zentralbank.

Die USA nehmen dafür das iranische Atomprogramm und die angebliche, völlig unbewiesene Absicht der Machthaber zum Bau von Atombomben als Rechtfertigung. Und die EU wie auch unsere Bundesregierung hat nichts Besseres zu tun, als bei dieser Eskalation mitzumischen. Das ist verantwortungslos! Und es trifft wie immer die Falschen.

Dass Israel seit Jahr und Tag über Atomwaffen verfügt, wird dabei völlig ausgeblendet. Hier ist es wieder: Das Messen mit zweierlei Maß, das Spalten der Welt in Gut und Böse. Damit muss endlich Schluss sein!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen,

was aktuell in Sachen Iran läuft, das ist ganz schlechter Stoff. Genau der Stoff nämlich, den die USA der Weltöffentlichkeit verabreicht haben, um ihre militärische Intervention im Irak zu rechtfertigen. Das ist genau der Stoff, aus dem Kriege entstehen.

Deshalb unterstütze ich die Erklärung der Bonner Kooperation für den Frieden. Sie fordert Friedens- statt Kriegspolitik im Irankonflikt. Sanktionen und Kriegsdrohungen sind sofort zu beenden.

Ich fordere EU und Bundesregierung auf, die Eskalation der Sanktionen gegen den Iran zu stoppen. Ich fordere sie auf, zusammen mit anderen europäischen Regierungen sich dafür einzusetzen, dass die von der UNO

beschlossene Konferenz für eine massenvernichtungsfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten endlich stattfindet.

Ich schließe mich der Aussage in der Erklärung der Kooperation für den Frieden an: "Nur eine Politik, die alle Staaten der Region, Israel eingeschlossen, zur atomaren Abrüstung und Enthaltensamkeit verpflichtet, kann das gegenseitige Misstrauen beseitigen. Nur eine solche Politik kann den Feindbildern zwischen den Religionen, Völkern und Staaten sowie dem Wettrüsten und den Diktaturen den Boden entziehen."

Ja, liebe Freundinnen und Freunde,

wir wollen den Frieden, und wir wollen ihn ganz. "Ein bisschen Frieden" mag für den ersten Platz im Grand Prix de la Chanson gereicht haben. Für uns ist das zu wenig.

Für uns ist es zu wenig, wenn Barack Obama die israelische Regierung bremst, bis er im November die Präsidentschaftswahlen überstanden hat.

Für uns ist es völlig falsch, dass der amerikanische Präsident gewissermaßen im Gegenzug wegsieht, wenn Israel weiterhin Verhandlungen mit den Palästinensern blockiert. Wenn Netanjahu weiter Siedlungen auf palästinensischem Gebiet bauen lässt und gleichzeitig die Erfüllung von Maximalforderungen zur Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen mit den Palästinensern macht.

Das ist Blockade pur. Das darf sich die Weltöffentlichkeit nicht gefallen lassen. Das darf sie dem israelischen Ministerpräsidenten nicht durchgehen lassen.

Vor allem dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen, dass er das eigene verbale und militärische Aufrüsten und das Getöse drum herum auch noch missbraucht. Dass er es

Helga Schwitzer (in Dortmund)

dazu missbraucht, die Weltöffentlichkeit von dem Konflikt mit den Palästinensern abzulenken.

Jedes Land braucht Sicherheit. Jede Bevölkerung braucht Schutz. Auch die israelische. Aber Israel und die Menschen dort brauchen vor allem eine Politik, die auch für Sicherheit und Schutz sorgt statt ständig neues Öl in den Nahost-Konflikt zu gießen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wir blicken mit Sorge auf einen weiteren Konflikt im Nahen Osten. Seit der arabische Frühling auch in Syrien angekommen ist, seit dort Menschen gegen das Assad-Regime aufgestanden sind, gibt es aus diesem Land die unterschiedlichsten Informationen. Es ist schwierig, diese richtig einzuordnen, wahr und falsch voneinander zu trennen.

Über diese Schwierigkeit setzen sich aber westliche Politiker und leider auch viele Medien hierzulande einfach hinweg.

Statt zu differenzieren, übernehmen sie ungeprüft die Sichtweise derer, die in diesem inneren Konflikt nicht Partei für die Menschen ergreifen, die allein Partei für ihre eigenen machtpolitischen Interessen ergreifen. Die - wie im Fall Libyen - auf Intervention setzen. Aus humanitären Gründen, wie sie behaupten.

Ich frage: Was ist daran humanitär, einen Staat aus einem politischen Bündnis mit dem Iran herauszubrechen? Seit wann ist es humanitär, sich Öl, andere Rohstoffe und militärischen Einfluss zu sichern?

Nein, liebe Freundinnen und Freunde,

hier wird ein innerstaatlicher Konflikt für die eigenen machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen instrumentalisiert. Hier dienen wie schon in vielen anderen Konflikten auf dieser Welt humanitäre Gründe als Vorwand, die

Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes und Volkes zu betreiben.

Ich übersehe dabei nicht, dass in Syrien unschuldige Menschen sterben. Ich übersehe auch nicht, dass sich hier ein Diktator mit aller Brutalität an der Macht halten will. Ich finde es richtig, dass die UN-Vollversammlung das syrische Regime für das Blutvergießen an der eigenen Bevölkerung verurteilt hat.

Aber ich finde es genauso richtig, dass es im UN-Sicherheitsrat keine Mehrheit für eine "humanitäre Intervention" gibt. Man darf nicht übersehen, dass es in Syrien Rebellen gibt, die mit genau der gleichen Brutalität vorgehen, wie sie Assad und dem Militär vorgeworfen wird. Auch in einem Bürgerkrieg lässt sich Gewalt nicht in gut und böse aufteilen.

In dieser Region hat jede militärische Auseinandersetzung das Zeug, zum Flächenbrand zu werden. Mit Syrien, Iran, Hisbollah oder Hamas-Anhängern auf der einen Seite und Israel sowie USA und in deren Gefolge auch die arabischen Golfstaaten auf der anderen. Statt die zerstrittene syrische Opposition finanziell und militärisch aufzurüsten, sollten die Politiker dieser Welt alles daran setzen, die Gewalt in Syrien friedlich zu beenden.

Das blutige Chaos nach den Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen mahnt, die Hände von Syrien zu lassen. Die Mission des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan in Syrien sollte sein, die in sehr unterschiedliche politische und religiöse Gruppen aufgeteilte Opposition und Vertreter des Regimes an einen Tisch zu bringen.

Morgen soll der von ihm ausgehandelte Waffenstillstand in Kraft treten. Es wäre ein Anfang. Allerdings ein sehr zerbrechlicher Anfang, wie aktuelle Berichte aus Syrien zeigen. Assad soll bis zuletzt weitergebombt und gemordet haben. Das Interesse der

Helga Schwitzer (in Dortmund)

Rebellen an einem Waffenstillstand soll nach der finanziellen Intervention der Golfstaaten deutlich gesunken sein.

Ich sage: So geht's nicht. Auf beiden Seiten nicht. Jetzt ist Dialog gefragt. Jede finanzielle, militärische oder auch nur verbale Aufrüstung ist falsch - auf jeder Seite! Nur der Friede ist der Weg zum Frieden. Anders funktioniert es nicht. Das erleben wir doch immer wieder. Jeder Krieg gibt neuen Kriegen Nahrung. Jede Gewalt nährt neue Gewalt. Die USA sollten das eigentlich gelernt haben.

Im Korea- und Vietnamkrieg, im Irak und aktuell in Afghanistan. Die militärische Intervention der Nato, die als Bekämpfung der sogenannten Schurken begonnen hat, wird im Desaster enden. Die am Anfang noch von vielen Afghanen begrüßte militärische Intervention der Nato sorgt mittlerweile nur noch für Chaos und Elend.

Wenn US-Soldaten auf getötete Taliban-Kämpfer urinieren, wenn sie Bücher des Koran verfeuern und wenn ein US-Soldat in einem Amoklauf Frauen und Kinder ermordet, dann wird das sicher nicht von den US-Militärs und auch nicht von Präsident Barack Obama gedeckt. Aber diese Gräueltaten sind keine Zufälle: Sie sind ein Ventil für angestauten Hass und Frust, wie ihn Kriege nun mal entstehen und in ihrer ganzen Brutalität ausbrechen lassen.

Diese Gräueltaten sind außerdem ein gewaltsamer Ausdruck genau der Ignoranz, mit der die USA meinen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Kulturen einmischen zu können.

Und die Frage muss erlaubt sein: Warum sollten Soldaten in einem Krieg, in dem Menschenrechte ein Vorwand für die Wahrung oder Durchsetzung geostrategischer Interessen sind, warum sollten diese Soldaten Menschenrechte ernst nehmen?

Die Kriege und bewaffneten Konflikte auf unserem Erdball sind im letzten Jahr nicht weniger, sie sind mehr geworden. 38 "hoch gewaltsame Konflikte" hat das Heidelberger Institut für Konfliktforschung im Jahr 2011 gezählt. Zunahmen gab's besonders im Nahen und Mittleren Osten.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nicht mehr so viele Kriege auf der Welt. Auch deutsche Soldaten sind daran beteiligt. Allein 5000 in Afghanistan. Das muss aufhören!

Zugenommen hat einmal mehr auch der Waffenhandel, wie das Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung SIPRI am 19. März gemeldet hat. Und auch damit muss Schluss sein!

Für Kriege und bewaffnete Konflikte gibt es viele Ursachen. Wobei eins feststeht: Kriege brechen nicht aus wie ein Vulkan. Sie werden gemacht.

Um diese Kriege führen zu können, brauchen die Konflikt- und Kriegsparteien Waffen. Und die sind reichlich vorhanden. Über 1,5 Billionen Dollar haben nach Berechnungen der schwedischen SIPRI-Forscher die Regierungen dieser Welt im Jahr 2010 für Rüstung ausgegeben.

Das sind 1.500 Milliarden Dollar und entspricht in etwa dem Bruttoinlandsprodukt von Australien. Also dem Wert aller in diesem Kontinent erzeugten Waren und Dienstleistungen. Das ist unvorstellbar. Die Rüstungsausgaben weltweit sind noch dazu 2010 gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe sechs Prozent gestiegen. Die Rüstungsindustrie hat keine Krise gekannt.

Auch die deutsche Rüstungsindustrie nicht. Deutschland stand 2011 wie schon in den Vorjahren an dritter Stelle der Rüstungsexportländer. Nach den USA und

Helga Schwitzer (in Dortmund)

Russland. Ich finde das peinlich. Das krisengeschüttelte Griechenland war einmal mehr unter den Hauptabnehmern. Das finde ich peinlich und pervers.

Das Volk muss massive Einschnitte beim Lohn, bei Renten und allen anderen öffentlichen Leistungen hinnehmen. Mehr als 20 Prozent der Griechen haben keine Arbeit und müssen von einer drastisch gesenkten Arbeitslosenunterstützung leben. Die Spardiktate aus Berlin und Brüssel machen viele Menschen bitterarm. Nur die Rüstungsausgaben bleiben auf hohem Niveau.

Griechenland erhält Kredite vom IWF und vom EFSF, dem Rettungsschirm, damit es weiter Rüstungsprodukte kaufen kann. Das darf doch nicht wahr sein, liebe Freundinnen und Freunde. Für die Menschen tun sie nix, bei der Rüstung sind sie fix. Wir wollen nicht, dass das so weitergeht.

Aber die Perversion der Aufrüster hat System. Es ist das System der Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich. Es ist das System, das dafür sorgt, dass hier im Revier über 25 Prozent aller Kinder von Hartz IV leben müssen. Jedes vierte Kind ist das! Unfassbar in einem der reichsten Länder der Welt.

Dieses System müssen wir durchbrechen. Das sage ich als Gewerkschafterin. Das sage ich aber auch als Friedensfreundin. Denn diese Ungerechtigkeit in der Welt ist eine Hauptursache für kriegerische Auseinandersetzungen.

In Deutschland sind übrigens die Rüstungsausgaben gesunken. Die Verkleinerung der Bundeswehr macht sich durchaus bemerkbar. Aber genau deshalb macht sich die Lobby der Waffenhändler um so lauter bemerkbar. Sie drängt immer unverhohlener auf eine Liberalisierung der Waffenexporte, um weiter bombige Geschäfte

und Gewinne zu machen. Und die Bundesregierung gibt diesem Drängen immer häufiger nach.

Längst werden die formal strengen Rüstungsexportrichtlinien durch eine laxen Praxis unterlaufen. So hat sich Schwarz-Gelb in den Koalitionsvereinbarungen darauf geeinigt, Rüstungsexporte künftig weniger restriktiv zu handhaben. Ihr Argument: Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Staaten sind abzubauen und Arbeitsplätze zu sichern.

Natürlich haben wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nichts dagegen, wenn Arbeitsplätze gesichert werden. Im Gegenteil, dafür kämpfen wir täglich. Das weiß man hier in Dortmund, das weiß man in Bochum und auch andernorts. Aber wir haben was dagegen, wenn das Arbeitsplatz-Argument dazu missbraucht wird, Rüstung und Rüstungsgeschäfte zu rechtfertigen.

Ich weiß: Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsausgaben und -aufträge. Nicht weil sie Krieg wollen. Sie haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen sie sich und ihre Familien über Wasser halten.

-
Das kann ich verstehen. Und wir wären eine schlechte Gewerkschaft, wenn uns das Schicksal der Beschäftigten kalt ließe.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das lässt uns nicht kalt. Das hat uns schon bei anderen Struktur-Umbrüchen nicht kalt gelassen. Die Stahlarbeiter hier an der Ruhr wissen, wovon ich spreche.

Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion. Wir können und wollen nicht darüber hinwegsehen, dass es sowohl kontrollierte Waffenexporte als auch

Helga Schwitzer (in Dortmund)

unkontrollierte Waffenschieberei in Krisengebiete gibt.

Täglich fordern Waffenlieferungen ihre Opfer. Wo es viel Waffen und Munition gibt, werden Konflikte und Bürgerkriege angeheizt. Bewaffnete Banden terrorisieren die Bevölkerung. Menschen werden verstümmelt, weil sie auf Minen treten.

Rüstung tötet, auch im Frieden. Dieses Motto der Friedensbewegung gilt nach wie vor. Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt und Kriege geführt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang.

Diese Spirale wollen wir alle durchbrechen. Auch die IG Metall will das, Kolleginnen und Kollegen. Sie hat auf ihrem letzten Gewerkschaftstag im November 2011 einen Beschluss gefasst, der an Deutlichkeit nichts vermissen lässt.

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Sie wird weiter aufgefordert, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen oder kriegsähnlichen Handlungen zu unterlassen oder zu beenden. Sie soll den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Kampfgebieten vollziehen.

Bundeswehr raus aus Afghanistan, Hände weg von Syrien, Hände weg von einem Waffengang gegen den Iran. Das haben wir einstimmig beschlossen.

Es hat ja auch Initiativen der IG Metall und von betrieblichen Kolleginnen und Kollegen aus Rüstungsbetrieben gegeben, von militärischer auf zivile Produktion umzuschalten. Es gibt sie immer noch. Und sie können Erfolge vorweisen.

Zum Beispiel unsere Kollegen aus dem militärischen Schiffbau. Sie haben früh erkannt, dass sie ihr Know-how auch dafür nutzen

können, auf dem Meer Windkraftträder zu bauen. Das ist, wie wir wissen, mittlerweile ein Zukunftsprojekt im Rahmen der Energiewende.

Aber solange die Politik die Scheunentore für den Rüstungsexport weit offen lässt und die Rüstungskonzerne bombig verdienen, haben solche Initiativen wenig Chancen.

Rüstungsexporte machen weniger als ein Prozent aller auf dem Weltmarkt verkauften Güter aus Deutschland aus. Rund 80.000 Menschen arbeiten in Betrieben der Rüstungsindustrie. Da sollten wir keine Angst vor Umstrukturierung haben. Da haben wir zum Beispiel bei Stahl schon viel härtere Brocken bewegt.

Im Übrigen behaupte ich: Auch die Metallerinnen und Metaller, die heute noch Waffen oder anderes militärisches Gerät bauen, würden lieber heute als morgen zivile Güter herstellen.

Ich fordere daher die Bundesregierung auf, ihre undurchsichtige Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte transparenter zu machen. Ich fordere sie weiter auf, das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte einzubeziehen statt in Geheimgremien entscheiden zu lassen.

Deutsche Rüstungsexporte müssen - das ist das Mindeste - endlich eine verbindliche Menschenrechtsklausel erhalten. Am besten jedoch wäre es, wenn in keinem Land dieser Welt Tod und Leid als Meister aus Deutschland auftreten würden. Wenn die Produktion von Waffen verboten und ihr Export damit ausgetrocknet würde.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin überzeugt: Wir können die Probleme, die es auf unserer Erde gibt, zivil lösen. Dafür müssen wir das Militärische stoppen, und zwar überall! In den Köpfen, auch in unseren eigenen. In den Medien, die sich allzu

Helga Schwitzer (in Dortmund)

leichtfertig für militärische Interessen instrumentalisieren lassen. Schließlich in der Politik.

Hierfür sind wir an diesen drei Ostertagen gemeinsam auf die Straße gegangen. Und wir werden wieder auf die Straße gehen. Frieden ist zu wichtig für die Menschheit, um ihn allein den Politikern zu überlassen. Die Politik in die eigenen Hände nehmen! Das war das Thema beim Friedensratschlag im letzten Jahr. Und genau das sollten wir auch tun.

In Deutschland haben wir so lange Frieden wie nie zuvor: 67 Jahre. Seither halten wir uns an das, was uns Wolfgang Borchert in seinem eindrucksvollen Antikriegsgedicht hinterlassen hat: "Da gibt es nur eins: Sag Nein!" - Nein zu jedem Krieg.

Wir wollen Frieden! Und wir wollen ihn ganz!

Helga Schwitzer ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall.